

»Im ein'gen Deutschen Reichsverband ein freies Niedersachsenland!«

*Die Vorabstimmung zur Loslösung von
Preußen vom 18. Mai 1924 und der Niedergang
der Deutsch-Hannoverschen Partei im Elbe-Weser-Raum*

von HENNING K. MÜLLER

Einführung

So ist es nun jetzt kein Wunder, wenn viele, viele unserer Mitglieder uns jetzt in Notzeiten den Rücken kehren und in hellen Scharen zu Hitler laufen. Dabei wird dann gesagt, daß nur die ›Nazis uns noch helfen könnten!‹.¹

Derartig resigniert wandte sich der Hofbesitzer Klaus Heins (1898–1982) aus Grafel im Kreis Bremervörde am 16. November 1931 an den Generalsekretär der Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP) in Hannover. Schon seit Monaten hatte der eingefleischte und bis dahin stets zuversichtlich gebliebene ›Welfe‹ den fortschreitenden Verfall seiner Partei sowie die Zuwendung ihrer einst treuen Wählerschaft zu den Nationalsozialisten angeprangert und Gegenmaßnahmen gefordert. Doch der Niedergang der im Jahr 1869 gegründeten ländlich-konservativen, antipreußisch-föderalistisch und christlich geprägten niedersächsischen Regionalpartei, die als klassische Honoratiorenpartei insbesondere von lokal und regional herausragenden Persönlichkeiten lebte, war schon lange unumkehrbar.² Einst war der Kreis Bremervörde die Hochburg der Deutsch-Hannoveraner im Elbe-Weser-Raum³ gewesen, wo sie bei der ersten

¹ Hofbesitzer Klaus Heins, Grafel, an den Generalsekretär der Deutsch-Hannoverschen Partei in Hannover vom 16. November 1931, in: Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Hannover (NLA HA), Hann. 310 III, Nr. 17.

² Zur politischen Ausrichtung und gesellschaftlichen Zusammensetzung der DHP vgl. u.a. Wolfram PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 321–323; Dirk STEGMANN, Politische Radikalisierung in der Provinz. Lageberichte und Stärkemeldungen der Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Ost-Hannover 1922–1933, Hannover 1999, S. 53–57.

³ Zur Entwicklung der Deutsch-Hannoverschen Partei im Elbe-Weser-Raum zur Zeit der Weimarer Republik vgl. Henning K. MÜLLER, Die Völkische Bewegung und der Aufstieg

Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 rund 73 % aller Wähler auf sich vereinen konnten. Doch bis zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 sackte ihr Stimmenanteil im Kreis Bremervörde dramatisch auf unter zehn Prozent ab und selbst in ihrer stärksten Bastion, der Börde Selsingen,⁴ verloren sie ihren bis dahin unangefochtenen Spitzenplatz an die von Adolf Hitler geführte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).⁵ Erstmals waren jetzt die Nationalsozialisten mit knapp 66 % aller Stimmen die Wahlsieger im Kreisgebiet. Der drastische Verfall der DHP und der rasante Aufstieg der NSDAP verdeutlichen, welch politische Radikalisierung sich binnen kürzester Zeit vollzogen hatte und letztlich zum Ende der ersten echten deutschen parlamentarischen Demokratie, der »Weimarer Republik«, führte. Klaus Heins wandte sich nach der Wahlniederlage erneut an den Generalsekretär der DHP und übermittelte ein mit zahlreichen Kritikpunkten versehenes Stimmungsbild der Deutsch-Hannoveraner im Regierungsbezirk Stade. Er hatte die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass der DHP eine Wende in ihrer Entwicklung gelingen könnte, denn er schrieb u. a.:

Nun, wie denkt die Deutsch-hannoversche Partei sich die Zukunftsgestaltung? Der großpreußische Kommissstiefel regiert, zerschlägt hierbei uns die letzten Reste der Selbstverwaltung und die Freiheit der Heimat wird an die Seite gestellt. Die Sozis und die Nazis haben sich in der Beschimpfung unserer Abgeordneten Unglaubliches geleistet, aber erreicht, daß uns die Wähler davon ließen. Ich denke, doch nur für eine kurze Zeit, so daß ich den Nazis erklärt habe, wir Deutsch-hannoveraner hätten die Tür aufgelassen, damit die Enttäuschten wieder zurückströmen könnten.⁶

Doch diese letzte Zuversicht sollte vergebens bleiben.

des Nationalsozialismus im Elbe-Weser-Raum (1918-1933). Organisationen, Netzwerke, Biografien und Aktivitäten der Wegbereiter des »Dritten Reichs«, Stade 2024, S. 135-168; ders./Michael EHRHARDT, Demokratie zwischen Monarchie und Diktatur: Politische Vielfalt in der Zeit der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Norbert FISCHER/Michael EHRHARDT (Hrsg.), Geschichte des Landes zwischen Elbe und Weser, Bd. IV: Von preußischer Zeit bis ins frühe 21. Jahrhundert, Stade 2023, S. 379-486, hier: S. 415-420.

⁴ Grafel war bei dieser Wahl nicht nur die einzige übriggebliebene Gemeinde in der Börde Selsingen, in der die DHP noch vor der NSDAP lag, sondern sie war es auch im gesamten Kreis Bremervörde. Bremervörder Zeitung Nr. 178 vom 1. August 1932.

⁵ Zur Entwicklung der NSDAP im Elbe-Weser-Raum zur Zeit der Weimarer Republik vgl. MÜLLER, Völkische Bewegung, wie Anm. 3, S. 595-1320.

⁶ Hofbesitzer Klaus Heins, Grafel, an den Generalsekretär der DHP in Hannover vom 4. August 1932, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 17.

Die Aufschwungsphase der Deutsch-Hannoverschen Partei nach dem Ersten Weltkrieg

Die Novemberrevolution,⁷ die Ausrufung der Republik und der Sturz der deutschen Monarchien im Jahr 1918 wurden von der Deutsch-Hannoverschen Partei als Chance erkannt, im Rahmen der Neugliederung des Reiches die sogenannte »Hannoversche Frage«, oder auch »Loslösungsfrage«,⁸ per Vorabstimmung auf die politische Agenda zu setzen, um die Provinz Hannover nach über einem halben Jahrhundert Annexion wieder von Preußen abzutrennen und zur Unabhängigkeit zu führen. So ging beispielsweise der Reichstagsabgeordnete Ludwig Alpers (1866-1959),⁹ die zu dieser Zeit wohl herausragendste Persönlichkeit der Partei im Elbe-Weser-Raum, auf einer Versammlung am 23. Dezember 1918 in Stade detailliert auf die Loslösungsbestrebungen der Deutsch-Hannoveraner ein. Darüber hinaus hob er den antisozialistischen Charakter der Partei hervor, wandte sich gegen jedwede Form der Enteignung und Verstaatlichung sowie gegen die Trennung von Staat und Kirche. Er unterstrich, dass die DHP der *Beschützer des Bauernstandes* und *eine Rechtspartei* sei, die auf dem Standpunkt der 10 Gebote stehen würde.¹⁰ Ein offizielles Parteiprogramm bestand zu dieser Zeit nicht. So vertrat insbesondere auch Alpers die Auffassung, dass aufgrund der unklaren politischen Situation jede programmatische Festlegung zu vermeiden sei und vielmehr die Taktik der Partei [...] den ständig wechselnden Verhältnissen angepasst werden müsse, wie er gegenüber

⁷ Zu den Ereignissen im Elbe-Weser-Raum vgl. u.a. Henning K. MÜLLER, *Aber ihre Wogen gingen nicht hoch – Die ersten Tage der Novemberrevolution 1918/19* in den Berichten des Stader Regierungspräsidenten und seiner Landräte, in: Stader Jahrbuch 108 (2018), S. 139-187.

⁸ Zur Neugliederung des Deutschen Reiches und zu den Möglichkeiten, darauf per Volksabstimmung Einfluss zu nehmen, vgl. Deutsch-hannoversche Partei (Hrsg.), *Der Kampf um die Vorabstimmung in Hannover im Jahre 1924*, Hannover 1924; Hans-Georg ASCHOFF, *Die Deutschhannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung (1918-1933)*, in: Stader Jahrbuch 78 (1988), S. 61-87; Hans PRILOR, *Die Vorabstimmung in Hannover. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-Hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Dissertation (Maschinenforschung), Hamburg 1954.

⁹ Seit 1892 war der in Drochtersen im Kreis Kehdingen geborene Lehrer Ludwig Alpers in Hamburg wohnhaft, ehe er im November 1922 nach Bremervörde umzog. Nach drei erfolglosen Kandidaturen wurde er erstmals im Jahr 1912 als Abgeordneter des »Wahlkreises 17 Harburg-Rotenburg« in den Reichstag gewählt. Zur Biografie von Alpers vgl. Hans-Georg ASCHOFF, Ludwig Alpers, in: Brage BEI DER WIEDEN/Jan LOKERS (Hrsg.), *Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon*, Bd. 1, Stade 2002, S. 31-34. Ein Nachlass von Ludwig Alpers befindet sich im Kreisarchiv des Landkreises Rotenburg (Wümme) (KreisA ROW).

¹⁰ Bericht des Regierungspräsidenten in Stade vom 23. Dezember 1918, in: Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Stade (NLA ST), Rep. 180 P. Nr. 306.



Abb. 1: Der Lehrer Ludwig Alpers zählte über Jahrzehnte zu den hervorstechendsten Persönlichkeiten der DHP im Elbe-Weser-Raum (KreisA ROW).

dem Direktorium der DHP im November 1919 betonte.¹¹

Zur Klientel der mittelständischen Partei gehörten nicht nur Bauern, sondern ebenso Gewerbetreibende wie Handwerksmeister und selbständige Kaufleute, oder auch frei-beruflich Tätige wie Rechtsanwälte oder Ärzte sowie Lehrer und Pastoren. Diese Berufsgruppen waren dementsprechend auch führend in der Partei aktiv, wie sich im Folgenden noch zeigen wird. Die Partei wurde von einem Direktorium geführt, das von den Mitgliedern des Zentralvorstands auf fünf Jahre gewählt wurde. Der Zentralvorstand wiederum setzte sich u. a. aus Vertretern der Kreis- und Bezirksverbände, der Abgeordneten des Reichstags sowie Vertretern der Abgeordneten des Preußischen Landtags und des Hannoverschen Provinziallandtags, der »Deutsch-Hannoverschen Vereine in der Diaspora«, des Herzogin-Viktoria-Luise-Bundes sowie weiterer deutsch-hannoverscher

Institutionen und Interessengruppen zusammen.¹²

Die Wirren der Novemberrevolution 1918/19 sollten sich für die DHP tatsächlich als Ausgangspunkt eines bisher nicht bekannten Aufschwungs erweisen. Ein Grund dafür war, dass die einstigen monarchistischen Bestrebungen, d. h. die Wiedereinsetzung des Königshauses der Welfen, in den Hintergrund gestellt wurden, womit auch ein Wandel in der Parteiführung einherging, der zuvor vom welfischen Adel dominiert worden war und zunehmend vom städtischen und ländlichen Mittelstand verdrängt wurde. Überhaupt verlagerte die Partei ihren Schwerpunkt erfolgreich in die Landgebiete des Regierungsbezirks Stade, die im Kaiserreich vor allem noch Hochburgen der Nationalliberalen Partei und des Bundes der Landwirte gewesen waren. Vielfach gelang es ihr, die vorherrschende ablehnende Haltung innerhalb der ländlichen Bevölkerung

¹¹ Ludwig Alpers an das Direktorium der DHP vom 8. November 1919, zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 8, S. 68.

¹² Das Direktorium bestand zunächst aus sieben Mitgliedern inklusive eines Vorsitzenden und wurde im November 1927 auf fünf Mitglieder reduziert. Satzung der Deutsch-Hannoverschen Partei, beschlossen in der Zentralvorstandssitzung vom 1. November 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 8, S. 71f.

gegenüber der neuen Reichsregierung und preußischen Landesregierung, die beide erstmals unter sozialdemokratischer Führung standen, zu vereinnahmen.¹³ Zugleich gelang es der DHP durch einen frühen, starken und glaubhaften Aktionismus mit einer stabilen und klaren Ausrichtung, sich in dieser unbeständigen Zeit als feste politische Kraft an die Spitze im bürgerlichen Parteispektrum der Region zu setzen. Das ermutigte sogar einstige Gegner der Welfenpartei, sich der DHP anzuschließen bzw. bei Wahlen für diese zu stimmen.¹⁴ Früh zeigte sich zudem, dass die Partei maßgeblich in den 1919 neugegründeten einflussreichen landwirtschaftlichen Interessenverband, den Hannoverschen Landbund, vordringen konnte. Bekannte lokale Persönlichkeiten der Deutsch-Hannoverschen Partei zählten nicht nur zu den Initiatoren bei den Gründungen von Kreislandbünden und örtlichen Ablegern, sondern nahmen auch führende Positionen im Vorstand der Organisation ein. Es zeigte sich zudem, dass sich die von der Partei und von den ihr nahestehenden Vereinen organisierten Heimatfeste, Kultur- und Vergnügungsveranstaltungen zu Besuchermagneten entwickelten. Dadurch wurde die Gesellschaftsschicht der sogenannten *„kleinen Leute“*, darunter insbesondere auch junge Menschen, angezogen und konnten als neue Klientel für die Ziele der Partei gewonnen werden.¹⁵

Vor allem die sogenannten Deutsch-Hannoverschen Vereine nahmen hierbei als Multiplikator eine wichtige Stellung ein. Die Deutsch-Hannoverschen Vereine blieben autonom und unterstanden nicht der Partei, auch wenn sie in deren Sinne agierten.¹⁶ So sammelte sich beispielsweise im Kreis Rotenburg im Mai 1920 die nicht parteipolitisch organisierte welfische Anhängerschaft in 13 Deutsch-Hannoverschen Vereinen, die sich *der Pflege der Liebe und Treue zum deutschen Vaterlande, zur engeren Heimat und zum angestammten Fürstenhause und der Pflege der Gemütlichkeit und Geselligkeit*¹⁷ verschrieben hatten, sowie in vier welfisch ausgerichteten Kriegervereinen. Insgesamt zählten diese 17 Vereine rund 1.730 Mitglieder, wobei deren Zulauf erst *nach der Staatsumwälzung*

¹³ Stefan BREUER, Die Völkischen in Deutschland, Darmstadt 2010, S. 180; vgl. Henning K. MÜLLER, Die politische Lage um 1900 nach den Berichten der Landräte des Regierungsbezirks Stade, in: Stader Jahrbuch 102 (2012), S. 157–187.

¹⁴ Lagebericht Nr. 1 der Reichswehrbrigade 10 in Hannover an den Regierungspräsidenten in Stade vom 4. Oktober 1919, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 317; Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 24. Juni 1919, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 376; Landrat in Geestemünde, Rademacher, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 3. April 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333.

¹⁵ Landrat in Hadeln, Bayer, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 8. September 1922, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 376.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Statuten des Deutsch-Hannoverschen Vereins für Carlshöfenermoor und Umgegend [1909], in: KreisA ROW, LRA Zeven, Nr. 400–5.

entscheidende Fortschritte gemacht hatte, wie der Rotenburger Landrat Heinrich von Müller dem Polizeipräsidenten in Hannover zu berichten wusste.¹⁸ Eine aufstrebende Entwicklung der welfischen Bewegung vermeldeten auch die Landräte der Kreise Verden,¹⁹ Lehe,²⁰ Stade,²¹ Geestemünde,²² Bremervörde,²³ Zeven,²⁴ Kehdingen²⁵ und Hadeln.²⁶ Selbst im überwiegend industriell geprägten Kreis Blumenthal mit seiner stark organisierten Arbeiterschaft verzeichneten die Deutsch-Hannoveraner seit der Revolution einen Zulauf, doch konnten nach einer Einschätzung des kommissarischen Landrats Karl von Buchka (1885-1960)²⁷ die *sozialistischen Parteien unbestritten die Oberhand behaupten*,

¹⁸ Landrat in Rotenburg, von Müller, an den Polizeipräsidenten in Hannover vom 5. Mai 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 334.

¹⁹ Landrat in Verden, Seifert, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 23. März 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 333.

²⁰ Im Kreis Lehe hatte die *welfische Bewegung stark zugenommen* und die ihr zugerechneten Vereine machten durch eine rege Versammlungstätigkeit auf sich aufmerksam. Landrat in Lehe, Pieschel, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 31. März 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 333.

²¹ *Ganz außerordentliche Fortschritte* konnte die *welfische Bewegung* im Kreis Stade machen. Landrat in Stade, Cornelser, an den Polizeipräsidenten in Hannover vom 20. April 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 334.

²² Landrat Rademacher vernahm zwar eine allgemeine positive Entwicklung für die DHP, doch vermutete er, dass diese nicht von Dauer sein würde, da *im Landkreis selbst für die Welfensache hervorragend tüchtige Personen nicht vorhanden* waren, die sieben Deutsch-Hannoverschen Vereine nur wenig in Erscheinung traten und sowohl die DNVP als auch die DVP ihre Aktivitäten verstärkten. Landrat in Geestemünde, Rademacher, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 3. April 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 333.

²³ Der deutsch-nationale Landrat Ernst Grubitz (1876-1936) merkte an, dass *keine Zweifel darüber bestehen, dass die deutsch-hannoversche Bewegung, namentlich in den Landgemeinden des Kreises, Fortschritte macht und in zahlreichen Ortschaften Deutsch-Hannoversche Vereine neu gegründet werden konnten*. Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 22. März 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 333.

²⁴ Aufgrund ihrer *ausserordentlich rührigen Agitation* war die *welfische Bewegung sehr stark und erfolgreich in der Erwerbung neuen Zuzuges*. Landrat in Zeven, von Hammerstein, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 1. Februar 1920, in: NLA ST, Rep. 174 Zeven, Nr. 47.

²⁵ Landrat in Kehdingen, Stegemann, an den Polizeipräsidenten in Hannover vom 28. April 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 334.

²⁶ Im Kreis Hadeln betrug die welfische Anhängerschaft vor dem Ersten Weltkrieg noch etwa 800-1.000 Personen. Bis zum Spätsommer des Jahres 1922 erlebte sie einen rasanten Anstieg, denn nunmehr zählten die fünf im Kreisgebiet bestehenden Deutsch-Hannoverschen Vereine nach Schätzung des Landrats Friedrich Bayer (DNVP) etwa 4.000-5.000 Mitglieder. Landrat in Hadeln, Bayer, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 8. September 1922, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 376.

²⁷ Zu Karl von Buchka vgl. Henning K. MÜLLER, Karl von Buchka, in: Heike SCHLICHTING (Hrsg.), *Lebensläufe zwischen Elbe und Weser*, Bd. 3, Stade 2018, S. 62-67.

so dass von einer umfangreichen welfischen Bewegung auch in Zukunft nie die Rede sein wird.²⁸

Die preußischen Behörden, d. h. der Regierungspräsident in Stade und die ihm unterstellten Landräte, versuchten vor allem zu Beginn der Weimarer Republik gegen die aus ihrer Sicht *vaterlandsfeindlichen Bestrebungen der Welfen* vorzugehen und ließen deren Aktivitäten intensiv überwachen.²⁹ Im Kreis Bremervörde stach die Deutsch-Hannoversche Partei beispielsweise zum Jahreswechsel 1918/19 noch immer durch eine besonders aggressive Agitation gegen alle politischen Richtungen und den preußischen Staat hervor. Vor allem der Geistliche Paul Parisius, der von 1890 bis 1930³⁰ in Bevern als Pastor amtierte und der über sich selbst sagte, dass er *seit seiner frühesten Jugend ein glühender Preußenhasser*³¹ sei, war es, der mit *schmutzigen Ausfällen*³² und *äußerst gehässigen Hetzreden*³³ für die Ziele der Partei kämpfte, was die dort einsetzende positive Entwicklung der DHP beflogelte.³⁴ So konnten bei der Wahl zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die Deutsch-Hannoveraner im Elbe-Weser-Raum ihre ersten Erfolge feiern und Ludwig Alpers als Abgeordneten in das Parlament entsenden.³⁵ Im Regierungsbezirk Stade kam die Deutsch-Hannoversche Partei auf 29,70 % der Stimmen.³⁶ Bei der Wahl zur verfassunggebenden Preußischen

28 Kommissarischer Landrat in Blumenthal, von Buchka, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 22. März 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333.

29 Landrat in Hadeln, Bayer, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 8. September 1922, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 376.

30 Parisius, der auch ein überzeugter Antisozialist war, genoss in Bevern zwar ein hohes Ansehen, war aber nicht unumstritten. Er war bekannt für seine »unnachgiebige Härte« und wegen »seines Jähzorns gefürchtet«, was insbesondere Konfirmanden auch körperlich zu spüren bekamen. Andreas LEMMEL, Die Kirche im Dorf, in: Beverner Bürger (Hrsg.), 1000 Jahre Bevern 986-1986, Bevern 1986, S. 190-209, hier: S. 200.

31 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 3. Mai 1924, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 376.

32 Tagebuch des Lehrers Hans Meyn, Bremervörde, Eintrag vom 12. Januar 1919, in: KreisA ROW, F 3, Nr. 27.

33 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 3. Mai 1924, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 376.

34 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 22. März 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333.

35 Wie dominant die DHP beispielsweise in den Kreisen Bremervörde und Zeven war, wird insbesondere in den Ergebnissen auf Gemeindeebene deutlich, denn in den Gemeinden Deinstedt, Grafel, Sassenholz, Wistedt, Wense, Ostereistedt, Kuhmühlen und Freyersen entfielen auf sie 100 % der Stimmen. Bremervörder Zeitung Nr. 16 vom 20. Januar 1919; Zevener Zeitung Nr. 7 vom 18. Januar 1919.

36 Stader Tageblatt Nr. 21 vom 25. Januar 1919.

Landesversammlung am 26. Januar 1919 konnte die Partei ihren Stimmenanteil sogar noch leicht erhöhen, was vermuten lässt, dass zu diesem Zeitpunkt auf Landesebene antipreußische Ressentiments eine verstärkte Rolle spielten.³⁷

Während der Tumulte um den Kapp-Lüttwitz-Putsch (13. bis 17. März 1920) wurde Ludwig Alpers per Telegramm nach Stuttgart berufen, wo die Mitglieder der Nationalversammlung am 17. März 1920 zusammenkommen sollten, um *angesichts des versuchten Staatsstreichs in Berlin* ein weiteres Vorgehen gegen die Putschisten abzustimmen.³⁸ In jenen Tagen ging indes auch die Nachricht um, dass die Deutsch-Hannoveraner diese aufrührerische Gelegenheit nutzen wollten, um einen »Welfenputsch« loszutreten. Im südlichen Teil der Provinz Hannover und in der Provinzhauptstadt selbst spitzte sich die Lage tatsächlich kurzzeitig zu.³⁹ Im Regierungsbezirk Stade konnten trotz intensiv durchgeföhrter Untersuchungen – u. a. auf Veranlassung des Regierungspräsidenten Hans Grashoff (1862–1938),⁴⁰ der dem Welfentum und der Deutsch-Hannoverschen Partei völlig ablehnend gegenüberstand – keine Beweise dafür gefunden werden, dass es tatsächlich Planungen für diesen Umsturz gegeben hätte oder sich hiesige Personen daran beteiligen wollten.⁴¹

Der weiter aufstrebenden DHP taten die Gerüchte um den »Welfenputsch« somit keinen Abbruch. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Ergebnissen der ersten Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 wider, wobei Alpers nun in den

³⁷ Ergebnisse zur Wahl der Preußischen Landesversammlung vom 26. Januar 1919, hier: Wahlkreis 15: Regierungsbezirke Aurich, Stade und Osnabrück, in: Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin), R 8005/64.

³⁸ Telegramm des Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, Stuttgart, an das Mitglied der Nationalversammlung, Alpers, Hamburg, vom 13. März 1920, in: KreisA ROW, F 1 Nachlass Ludwig Alpers.

³⁹ Vgl. Anna BERLIT-SCHWIGON, Hannover an der Schwelle zum Bürgerkrieg: Der »Welfenputsch« 1920 – Regionalhistorische Analyse einer politischen Krise, in: Christiane SCHRÖDER u. a. (Hrsg.), Geschichte, um zu verstehen. Traditionen, Wahrnehmungsmuster, Gestaltungsperspektiven, Bielefeld 2013, S. 251–263.

⁴⁰ Zur Biografie von Grashoff vgl. Henning K. MÜLLER, Hans Heinrich Hermann Carl Grashoff, in: Jan LOKERS/Heike SCHLICHTING (Hrsg.), Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon, Bd. 2, Stade 2010, S. 117–121. Wie stark seine Ablehnung gegenüber der welfischen Bewegung ausgeprägt war, zeigte, dass er sich dieser Thematik auch in zwei Denkschriften widmete und zwar im Jahr 1914 mit »1866. War die Beseitigung des Königreichs Hannover ein Unrecht oder eine geschichtliche Notwendigkeit?« und im Jahr 1920 mit »Abwehr der Welfenagitation besonders an der Jugend«. Regierungspräsident in Stade, Grashoff, an das Preußische Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Meister, vom 29. November 1920, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333.

⁴¹ NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 377.

Reichstag gewählt wurde.⁴² Im Regierungsbezirk Stade stieg der Stimmenanteil der DHP auf 35,82 % an, womit sie vor der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (23,94 %) und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (12,34 %) zur stärksten Partei avancierte. Hier stachen vor allem wieder die Kreise Bremervörde (72,51 %),⁴³ Zeven (71,21 %) und Rotenburg (59,28 %) hervor, in denen die DHP die Wahl klar dominierte. Auf die schwächste Zustimmung stieß die Partei hingegen in den Kreisen Blumenthal (19,96 %) und Kehdingen (20,45 %).⁴⁴

In Kehdingen waren die Fronten zwischen Welfen und Deutschnationalen hinsichtlich der »Hannoverschen Frage« besonders verhärtet. Es tobten Auseinandersetzungen zwischen dem *Adel*, das heißt zwischen Benedict von der Decken-Ritterhof und Major a.D. Theodor von Plate zu Altenwisch von Seiten der Deutsch-Hannoveraner, und den *Großbauern*, vertreten durch den Kreisverein Nordkehdingen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) um den Ökonomierat Heinrich Ehlers aus Freiburg/Elbe.⁴⁵ Die Deutschnationalen sahen in den Zielen der *monarchistischen Welfen* und der von ihnen angestrebten *aussichtslosen Abstimmung* eine *Sünde am Vaterlande*,⁴⁶ wohingegen die Deutsch-Hannoveraner die Deutschnationalen als politisch unerfahrene *jugendliche Hitzköpfe*⁴⁷ abtaten. Darüber hinaus betonte von der Decken:

Das Bangemachen mit dem ›Eiertanz‹ und dem ›Monarchismus‹ ist einfach lächerlich. Die Deutschnationalen sollten doch wissen, daß kein einziger Deutschhannoveraner daran denkt, in einer deutschen Republik eine hannoversche Monarchie zu errichten.⁴⁸

⁴² Der Kreiswahlleiter des 17. Reichstagswahlkreises Ost-Hannover, Ober-Regierungs-
rat Schuhmann, Lüneburg, an Ludwig Alpers in Hamburg vom 12. Juni 1920, in: KreisA
ROW, F 1 Nachlass Ludwig Alpers.

⁴³ Im Kreis Bremervörde konnte die DHP von den enormen Einbußen der Deutschen Demokratischen Partei profitieren. Die Linksliberalen hatten gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung fast 90 % ihrer Stimmen verloren, denn ihre einstige Spitzenkraft, der Oereler Pastor Hugo Knoop, der als Mitinitiator des Hannoverschen Landbundes und als Vorsitzender des Kreislandbundes Bremervörde ein hohes Ansehen in der Landbevölkerung genoss, hatte nicht nur auf eine erneute Kandidatur verzichtet, sondern sich auch als zugkräftiger Versammlungsredner zurückgezogen. MÜLLER, Völkische Bewegung, wie Anm. 3, S. 121 f.

⁴⁴ In den Stadtkreisen Geestemünde (10,25 %) und Lehe (7,39 %) fiel ihr Stimmenanteil erwartungsgemäß noch geringer aus. Stader Tageblatt Nr. 132 vom 9. Juni 1920.

⁴⁵ Freiburger Zeitung Nr. 36 vom 4. März 1922; Volksblatt für die Unterelbe Nr. 97 vom 26. April 1922.

⁴⁶ Freiburger Zeitung Nr. 58 vom 12. April 1922.

⁴⁷ Freiburger Zeitung Nr. 57 vom 10. April 1922.

⁴⁸ Freiburger Zeitung Nr. 60 vom 15. April 1922.

Um ihre Stellung im Kreis Kehdingen zu stabilisieren, gründeten die Deutsch-Hannoveraner im April 1922 einen Deutsch-Hannoverschen Verein.⁴⁹ Die Streitigkeiten gingen dennoch so weit, dass die Deutsch-Hannoveraner nicht nur ihren Einfluss im Landwirtschaftlichen Verein des Kreises Kehdingen verloren – Plate sah sich sogar gezwungen, dessen Vorsitz abzutreten –, sondern selbst der noch wichtigere Kreislandbund drohte sich von der Deutsch-Hannoverschen Partei abzuwenden.⁵⁰

Am 26. Juni 1920 wurde in Bremervörde eine Konferenz der Kreisobmänner der DHP abgehalten, wobei zunächst auf den vergangenen Wahlkampf zurückgeblickt wurde. Eine Erkenntnis war daraus, dass künftig auf Parteiredner aus Hannover verzichtet werden sollte, da diese *übergroße Kosten verursachten und wenig Anklang [beim Wähler] gefunden hätten; stattdessen seien Redner aus dem heimischen Bauernstande erwünscht*.⁵¹ Der wichtigste Beschluss war jedoch *der Ausbau des Wahlvereinsnetzes zu einer straffen Parteiorganisation für Nordhannover*, d.h.: *Die deutsch-hannoversche Partei im Regierungsbezirk Stade nebst Stadt und Landkreis Harburg organisiert sich in der >deutsch-hannoverschen Partei Nordhannovers<*.⁵² Zum Parteiorgan wurde der »Nordhannoversche Landesbote – Unabhängige Zeitung für Nordhannover«⁵³ bestimmt, außer für die Kreise Verden und Achim, die für Bekanntmachungen weiterhin das DHP-Zentralorgan »Deutsche Volkszeitung« aus Hannover zu nutzen hatten. Ein Hauptsekretariat sollte ebenfalls in den Räumlichkeiten des »Nordhannoverschen Landesboten« in Zeven eingerichtet und durch den Haupt-

49 Ebd.

50 Freiburger Zeitung Nr. 77 vom 17. Mai 1922 und Nr. 50 vom 28. April 1924. Intensive Richtungskämpfe gab es beispielsweise auch im Kreislandbund Bremervörde, in dem die Deutschnationalen ihren Einfluss immer stärker zur Geltung bringen und den der Deutsch-Hannoveraner zurückdrängen wollten. Darüber hinaus war dort von 1922 bis 1927 Wilhelm Sievers als Syndikus angestellt, der ein Nationalsozialist war, was für zusätzlichen Zündstoff sorgte. Zu Sievers vgl. Henning K. MÜLLER, Wilhelm Sievers, in: Heike SCHLICHTING (Hrsg.), *Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon*, Bd. 3, Stade 2018, S. 295–301.

51 Protokoll der deutsch-hannoverschen Kreisobmänner-Konferenz zu Bremervörde am Sonnabend, den 26. Juni 1920, in: KreisA ROW, F 1 Nachlass Ludwig Alpers.

52 Ebd.

53 Im Jahr 1930 erschien der »Nordhannoversche Landesbote« sechsmal wöchentlich in einer Auflage von ca. 2.200 Exemplaren. Zum Vergleich: Die »Zevene Zeitung« erschien in dieser Zeit sechsmal wöchentlich in einer Auflage von ca. 3.000 Exemplaren, die »Bremer-vörder Zeitung« sechsmal wöchentlich in einer Auflage von ca. 3.000 Exemplaren, der »Rotenburger Anzeiger« sechsmal wöchentlich in einer Auflage von ca. 3.200 Exemplaren, der »Visselhöveder Landbote« sechsmal wöchentlich in einer Auflage von ca. 1.300 Exemplaren und die »Scheeßeler Zeitung« dreimal wöchentlich in einer Auflage von ca. 300 Exemplaren. NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 1959.

sekretär Matthei geführt werden. Nebenstellen verblieben weiterhin in Stade für die Kreise Stade, Jork, Kehdingen, Neuhaus/Oste und Hadeln sowie in Verden für die Kreise Achim und Verden.⁵⁴

Dazu, dass der Kreis Zeven zu einer frühen und festen *Hochburg des Welfentums* wurde – sehr zum Missfallen des Landrats Carl Freiherr von Hammerstein-Gesmold (1866-1932),⁵⁵ der der Deutschnationalen Volkspartei angehörte und diese als Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag vertrat –, trug insbesondere der seit 1908 in Zeven herausgegebene »Nordhannoversche Landesbote«⁵⁶ bei, der ab 1921 als Tageszeitung erschien und weit über die Kreisgrenzen hinweg Verbreitung fand.⁵⁷ Der Verlag des Parteiblatts der DHP befand sich im Eigentum des Reichstagsabgeordneten Alpers, der laut Landrat von Hammerstein auch als *Leiter und Führer der welfischen Bewegung im Kreise Zeven*⁵⁸ galt, sowie des Kaufmanns Friedrich Schabbel (1890-1965)⁵⁹ aus Bremervörde.⁶⁰ Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und mit dem Ausscheiden des ersten Redakteurs Albert Funke war die Berichterstattung des »Nordhannoverschen Landesboten« *erheblich gemäßigter geworden*, so die Beobachtung des Landrats von Hammerstein im April 1920.⁶¹ Als

54 Protokoll der deutsch-hannoverschen Kreisbürgermeister-Konferenz zu Bremervörde am Sonnabend, den 26. Juni 1920, in: KreisA ROW, F 1 Nachlass Ludwig Alpers.

55 Vgl. Sönke KOSICKI, Carl Wilhelm Frithjof Freiherr von Hammerstein-Gesmold, in: Heike SCHLICHTING (Hrsg.), Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon, Bd. 3, Stade 2018, S. 126-131.

56 Vgl. Peter STEIN, Die nordostniedersächsische Tagespresse. Von den Anfängen bis 1945, Stade 1994, S. 360 f. und S. 484 f.

57 Landrat in Zeven, von Hammerstein, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 7. Februar 1923, in: NLA ST, Rep. 174 Zeven, Nr. 47.

58 Landrat in Zeven, von Hammerstein, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 21. Juni 1919, in: NLA ST, Rep. 174 Zeven, Nr. 47.

59 In der Endphase der Weimarer Republik wurde Schabbel, der zeitweise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, gezielt von den Nationalsozialisten diskreditiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Schabbel von der britischen Militärregierung als ehrenamtlicher Landrat des Kreises Bremervörde (13. November 1945 bis April 1946) eingesetzt. Parteipolitisch engagierte er sich in der 1945 gegründeten Niedersächsischen Landespartei, die sich Ende 1946 in Deutsche Partei umbenannte. Niedersachsen-Stürmer 35. Folge vom 29. August 1930 und 10. Folge vom 5. März 1932; Landkreis Rotenburg (Wümme) (Hrsg.), 100 Jahre Landkreis Rotenburg (Wümme) 1885 bis 1985. Ehemalige Landkreise Zeven, Bremervörde, Rotenburg/Hannover, Rotenburg (Wümme) 1985, S. 35.

60 Landrat in Zeven, von Hammerstein, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 16. April 1920, in: NLA ST, Rep. 174 Zeven, Nr. 47; Kommissarischer Landrat in Rotenburg, von Lossow, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 25. Januar 1921, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333.

61 Landrat in Zeven an den Regierungspräsidenten in Stade vom 16. April 1920, in: NLA ST, Rep. 174 Zeven, Nr. 47.

weitere parteiamtliche Zeitung der Deutsch-Hannoverschen Partei im Elbe-Weser-Raum erschien von etwa 1925 bis 1933 die »Niedersachsen-Zeitung« beziehungsweise »Der Niedersachse« des Verlegers Friedrich Riemann in Wesermünde-Lehe.⁶²

Die Vorabstimmung zur Loslösung der Provinz Hannover von Preußen

Um Unterstützer zu mobilisieren, die der Loslösungsfrage positiv gegenüberstanden, sich parteipolitisch aber nicht an die Deutsch-Hannoversche Partei binden wollten, wurde 1922 als überparteiliche Sammlungsorganisation die »Niedersächsische Freiheitsbewegung« geschaffen. Die Initiative dazu ging u. a. von Ludwig Alpers aus, der darin eine führende Stellung einnahm.⁶³ Am 1. Oktober 1922 hielt die *Deutsch-Hannoversche Partei für Nordhannover* in Bremervörde ihre erste Landesversammlung ab, in deren Mittelpunkt einmal mehr die angestrebte Loslösung von Preußen und deren Terminierung stand. In einer entsprechenden Resolution ging es aber auch um außenpolitische Themen wie die Ablehnung des Versailler Vertrags und die Nichtanerkennung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.⁶⁴ Im November 1922 sorgte die Deutsch-Hannoversche Partei mit einem Beschluss für Aufsehen, der selbst die eigenen Anhänger überraschte, denn sie wollte jetzt eine Vorabstimmung vorantreiben, die zunächst nur die Loslösung der Regierungsbezirke Lüneburg und Stade von Preußen vorsah.⁶⁵ Es wurde ein offizieller Antrag an die Reichsregierung gerichtet und eine Vorabstimmung für den Mai 1923 anvisiert, von der letztlich doch wieder abgerückt wurde, was der Partei durchaus schadete.⁶⁶ Ein wesentlicher Grund für die Zurückstellung des Abstimmungsantrags lag in der äußerst angespannten innen- und außenpolitischen Situation Deutschlands, denn im Januar 1923 war die Besetzung des Ruhrgebiets durch französi-

62 Niedersachsen-Zeitung in Wesermünde-Lehe, Friedrich Riemann, an Ludwig Alpers in Hamburg, in: KreisA ROW, F 1 Nachlass Ludwig Alpers; STEIN, Tagespresse, wie Anm. 56, S. 125 und S. 386.

63 Vgl. MÜLLER, Völkische Bewegung, wie Anm. 3, S. 209-210.

64 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an das Oberpräsidium (Meldestelle) in Hannover vom 3. Oktober 1922, in: KreisA ROW, Kreis BRV 1, Nr. 138-1; Bremervörder Zeitung Nr. 231 vom 2. Oktober 1922.

65 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 23. November 1922, in: KreisA ROW, Kreis BRV 1, Nr. 138-1.

66 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 22. Dezember 1922, in: KreisA ROW, Kreis BRV 1, Nr. 138-1; Landrat in Bremervörde, Grubitz, an das Oberpräsidium (Meldestelle) in Hannover vom 5. Februar 1923, in: KreisA ROW, Kreis BRV 1, Nr. 138-1.



Abb. 2: Mit diesem Aufruf wandte sich die Niedersächsische Freiheitsbewegung gegen die Okkupation des Ruhrgebiets und versuchte eine breitgefächerte Protestbewegung zu mobilisieren (KreisA ROW).

sche und belgische Truppen erfolgt, was reichsweit für großes Entsetzen sorgte und massive Proteste hervorrief.⁶⁷

Den strikten antiwelfischen Kurs von Regierungspräsident Grashoff setzte auch dessen Nachfolger Hermann Rose (1879-1943)⁶⁸ fort, der im Mai 1922 zum neuen Regierungspräsidenten ernannt wurde. Verwaltungsintern wies Rose alle Landräte an, die *welfische Agitation* unter Landjägereibeamten und Gemeindevorstehern zu beobachten, denn wenn auch *selbstverständlich* jeder

67 Regierungspräsident Rose an den Oberpräsidenten in Hannover vom 16. Februar 1923 und vom 22. Juni 1923, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 375.

68 Zur Biografie von Rose, der bis 1933 als Stader Regierungspräsident amtierte, vgl. Jan LOKERS, Heinrich Rudolf Hermann Rose, in: Brage BEI DER WIEDEN / Jan LOKERS (Hrsg.), Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon, Bd. 1, Stade 2002, S. 277-280.

*Beamte frei in seiner politischen Gesinnung ist, so war er trotzdem zur Loyalität gegenüber dem Staat verpflichtet.*⁶⁹ Darüber hinaus bestellte der Regierungspräsident die Parteiführer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), SPD, Deutschen Volkspartei (DVP) und der DNVP für den Regierungsbezirk Stade ein, um eine geeinte Vorgehensweise gegen die separatistischen Bestrebungen der DHP abzustimmen.⁷⁰ Außerdem versuchte Rose Einfluss auf die Kreis- und Tageszeitungen zu nehmen. Diese sollten dazu angehalten werden, die Berichterstattung über die DHP sowie über alles, was der Loslösung von Preußen in irgendeiner Form dienlich werden konnte, möglichst aus ihren Zeitungen zu verbannen oder zumindest auf ein Minimum zu reduzieren. Darüber hinaus forderte Rose eine wohlwollende Berichterstattung über die Parteien, die sich den Bestrebungen der DHP widersetzten.⁷¹ Den jeweiligen Landräten oblag es in den kommenden Wochen, mit den Verlegern der Zeitungen in Kontakt zu treten und diese von der angestrebten Taktik des Regierungspräsidenten zu überzeugen. Die Verleger bekundeten durchweg, dass sie die Welfen nicht aktiv unterstützen würden, unterstrichen aber, dass sie, um die Neutralität zu wahren, weiterhin allen Parteien die Möglichkeit zur Veröffentlichung von Versammlungsberichten u. ä. in ihren Zeitungen gewähren würden.⁷²

Im November 1923 brachte die Deutsch-Hannoversche Partei bei der Reichsregierung den Antrag zur Durchführung einer Vorabstimmung zur Loslösung der Provinz Hannover von Preußen ein, die nun dazu angehalten war, diese zu terminieren, aber offensichtlich bewusst das Verfahren verzögerte.⁷³ In Stade wurde daraufhin das »Zentralbüro der Heimattreuen für die Volksabstimmung im Regierungsbezirk Stade« geschaffen, das unabhängig von der eigentlichen Parteiorganisation die Propagandaaktivitäten für die mittlerweile auf den 18. Mai 1924 angesetzte Vorabstimmung organisieren und vorantreiben sollte.⁷⁴ Dennoch zeigte sich überraschend oft, dass es manche Obleute und lokale Vertrauenspersonen der DHP am nötigen Engagement fehlen ließen und sie teils völlig passiv blieben, so dass eine geschlossene Propagandaoffensive für die Vorabstimmung nicht erfolgen konnte.⁷⁵ Problematisch war zudem, dass

69 Regierungspräsident in Stade an alle Landräte im Regierungsbezirk Stade vom 24. Dezember 1922, in: NLA ST, Rep. 174 Zeven, Nr. 47.

70 Regierungspräsident in Stade, Rose, an den Oberpräsidenten in Hannover vom 16. Februar 1923, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 375.

71 Ebd.

72 NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 376.

73 Hannoversche Landbote Nr. 95 vom 29. Dezember 1923.

74 Regierungspräsident in Stade, i. V. Danckwerts, an den Oberpräsidenten in Hannover vom 31. Dezember 1923, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 375.

75 Zentralbüro der Heimattreuen für die Volksabstimmung im Regierungsbezirk Stade, von der Decken, Stade, an den Generalsekretär der DHP in Hannover, vom 2. Mai 1924, in:



Abb. 3: Mit der Parole »Im ein'gen Deutschen Reichsverband ein freies Niedersachsenland!« setzte die DHP im Wahlkampf auf den Regionalpatriotismus der Bevölkerung in der preußischen Provinz Hannover (Kreis A ROW).

insbesondere Geschäftsleute, die als Anhänger der DHP bekannt waren, ihre öffentliche Unterstützung einschränkten oder gänzlich versagten, da sie wirtschaftliche Nachteile befürchteten, was u. a. in Stade zu beobachten war. Darüber hinaus kamen Flugblätter und sonstiges Werbematerial zu spät und nicht flächendeckend zur Verteilung. Selbst dem Zentralbüro der Heimattreuen für die Volksabstimmung im Regierungsbezirk Stade wurde partiintern ein man-

NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 29. Von der Decken beklagte, dass insbesondere Obleute und örtliche Vertrauenspersonen teilweise von einer fürchterlichen Schlafmützigkeit waren, ohne dieses Verhalten näher zu begründen oder Lösungsvorschläge zur Steigerung ihres Engagements zu unterbreiten.

gelnder Einsatz vorgeworfen, was von den Verantwortlichen gegenüber dem Generalsekretär der DHP zurückgewiesen wurde.⁷⁶

Das Hauptaugenmerk der vor allem von staatlicher Seite gesteuerten Gegenbewegung lag zum Jahreswechsel 1923/24 auf den Kreisen Zeven, Bremervörde, Rotenburg und Jork, die als *Brennpunkte der welfischen Bewegung* galten, so der stellvertretende Regierungspräsident Justus Danckwerts (1887–1969) in einer Lagemeldung an den Oberpräsidenten Gustav Noske (SPD).⁷⁷ Um die Gegenbewegung für den gesamten Regierungsbezirk Stade weiter voranzutreiben, lud der hannoversche Oberpräsident Noske die Landräte sowie die hauptamtlichen Bürgermeister zu einer Dienstbesprechung am 24. April 1924 nach Geestemünde ein. Ebenso wurden für eine daran anschließende Zusammenkunft die

Vorstände der Reichs- und preußischen Behörden des hiesigen Bezirks, Vertreter der Organisationen von Handel und Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft und der politischen Parteien sowie sonstige prominente Persönlichkeiten, [...] an deren politischer Zuverlässigkeit im preußischen Sinne kein Zweifel ist, geladen, um die Abstimmungsfrage zu erörtern,

wie es im Einladungsschreiben hieß.⁷⁸

Auf Kreisebene wurde die *Gegenwehr gegen die deutschhannoversche Propaganda* durch die jeweiligen Landräte organisiert.⁷⁹ Im Kreis Bremervörde beispielsweise lud der deutschationale Landrat Ernst Grubitz die Kreisvorsitzenden der SPD, DDP, DVP, DNPV und des Völkisch-sozialen Blocks während des Wahlkampfes zu sich ein, um geeinte Gegenmaßnahmen abzustimmen und um die Parteien mit staatlich finanziertem Propagandamaterial zu versorgen.⁸⁰ Grubitz hatte bereits im Dezember 1922 vom Regierungspräsidenten die Organisation einer parteiübergreifenden *Gegenagitation* gefordert.⁸¹

76 Zentralbüro der Heimattreuen für die Volksabstimmung im Regierungsbezirk Stade, von der Decken, Stade, an den Generalsekretär der DHP in Hannover, vom 2. Mai 1924, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 29.

77 Regierungspräsident in Stade, i. V. Danckwerts, an den Oberpräsidenten in Hannover vom 31. Dezember 1923, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 375. Von Maßnahmen gegen welfisch gesinnte Beamte sah der Regierungspräsident allerdings ab, da er befürchtete, dass die betroffenen Beamten zu Märtyrern der Deutsch-Hannoveraner hätten stilisiert werden können.

78 Regierungspräsident in Stade, i. V. Danckwerts, an den Landrat in Rotenburg vom 14. April 1924, in: KreisA ROW, LRA ROT, Nr. 3.

79 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Oberpräsidenten in Hannover vom 1. Mai 1924, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 313-1.

80 Landrat in Bremervörde an den Regierungspräsidenten in Stade vom 16. Mai 1924, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 313-1; Bremervörder Zeitung Nr. 115 vom 16. Mai 1924.

81 Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 22. Dezember 1922, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 334.



Abb. 4: »Wer welfisch stimmt, sprengt das Reich«. Das Plakat gegen die Vorabstimmung zur Loslösung der Provinz Hannover von Preußen wurde auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske (SPD), an behördlichen Gebäuden, Schulen und Gerichten zum Aushang gebracht (KreisA ROW).

Doch nicht nur die Zusammenarbeit mit politischen Organisationen und wirtschaftlichen Interessenverbänden wurde von staatlicher Seite gesucht, um die Vorabstimmung scheitern zu lassen. Oberpräsident Noske ordnete zudem an, dass an allen behördlichen Gebäuden, Schulen und Gerichten Plakate gegen die Bestrebungen der DHP zum Aushang kamen.⁸² Ebenso wurden Plakate an

82 Oberpräsident in Hannover, Noske, an die Landräte in der Provinz Hannover vom 16. April 1924, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 313-1; Deutsch-hannoversche Partei, Vorabstimmung, wie Anm. 8, S. 34.

alle Gemeinden im Abstimmungsgebiet verteilt, so dass flächendeckend in allen Dörfern vor den Bestrebungen der DHP gewarnt wurde.⁸³ Darunter zum Beispiel das Plakat ›Wer welfisch stimmt, sprengt das Reich‹.⁸⁴ Die preußische Staatsregierung richtete sich zudem am 6. Mai 1924 mit einer patriotischen *Erklärung an die Bewohner der Provinz Hannover* und appellierte: *Für ein ganzes Preußen um eines starken Reiches willen!*⁸⁵ Die wirtschaftlichen Interessenverbände wandten sich ebenfalls öffentlich an die Wählerschaft, wie beispielsweise die Industrie- und Handelskammer, die im Falle einer Loslösung *Hannovers Wirtschaft bedroht* sah.⁸⁶ Der Hannoversche Landbund enthielt sich indes einer Wahlempfehlung, da der einflussreiche Interessenverband *unter seinen Mitgliedern die Anhänger beider Richtungen in treuer Zusammenarbeit für die wirtschafts- und sozialpolitischen Belange des hannoverschen Landvolks vereinigt*, wie dessen Vorsitzender, der Landwirt Cord Cordes aus Kirchlinteln, in einer Stellungnahme kundtat.⁸⁷ Schwerwiegend für die DHP war zudem ein vom Oberpräsidenten verfügtes Verbot, das das öffentliche Sammeln von Spendengeldern zu Gunsten der Abstimmungskampagne untersagte.⁸⁸

Am 28. April 1924 wurde die Fassung des Stimmzettels veröffentlicht, womit die bevorstehende Abstimmung in der Berichterstattung der Tagespresse Einzug fand.

›Soll eine Abstimmung über folgende Frage stattfinden: Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preussen ausscheiden, um ein selbstständiges Land zu bilden?‹

konnten die Stimmberechtigten durch das Ankreuzen eines *Ja* oder *Nein* unterstützen oder ablehnen.⁸⁹

83 KreisA ROW, LRA Zeven, Nr. 5.

84 KreisA ROW, Slg. 4, Plak DHP 1.

85 Amtsblatt der Regierung zu Stade vom 12. Mai 1924.

86 Erklärung der Industrie- und Handelskammer zu Hannover, [Mai 1924], in: KreisA ROW, LRA ROT, Nr. 7.

87 Visselhöveder Landbote Nr. 96 vom 9. Mai 1924.

88 Bürgermeister in Bremervörde, Michaelis, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 10. Mai 1924, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 313-1. Gegen eine im Sommer 1922 durchgeführte und polizeilich überwachte *Geldsammlung zur Befreiung Hannovers* wurde hingegen nicht eingeschritten. Regierungspräsident in Stade an den Landrat in Zeven vom 17. August 1922, in: NLA ST, Rep. 174 Stade, Nr. 47.

89 Verordnung zur Änderung der Verordnung über eine Vorabstimmung in Hannover, Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, Berlin, vom 28. April 1924, in: KreisA ROW, LRA Zeven, Nr. 7-5.

Die DHP hatte indes bereits im Reichstagswahlkampf verstärkt eine Opferrolle eingenommen und verschiedene großflächige Aufrufe in den Zeitungen geschaltet, in denen es beispielsweise hieß:

Wie Bismarck die Sozialdemokraten niederhielt, so macht es Noske mit den Deutsch-Hannoveranern. Das heute einem Teil der Kreisblätter beigelegte Flugblatt »Die hannoversche Abstimmung und die Wahrheit« stammt vom Oberpräsidium Hannover und wird auch von dort bezahlt. Wo kommt das Geld her? Landsleute, gebt dafür entsprechend am morgigen Tage der Heimat die Stimme [...].⁹⁰

An anderer Stelle erging ein ans Gewissen der Wähler gerichteter Appell:

Hannoversche Männer und Frauen denkt an Eure Kinder u. Kindeskinder! Wenn Ihr wollt, daß sie in einer freien Heimat leben sollen, dann wählt am 4. Mai die Liste der deutsch-hannoverschen Partei [...].⁹¹

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 ließ bereits die deutliche Tendenz erkennen, dass das Vorhaben der DHP kaum Aussicht auf Erfolg haben würde, denn die Partei verlor deutlich gegenüber dem Jahr 1920 an Zustimmung und kam im Regierungsbezirk Stade auf nur noch 29,54 % der Stimmen.⁹² Dennoch wurde aus dem Elbe-Weser-Raum neben Alpers jetzt zudem der Landwirt Heinrich Meyer (1878-1948) aus Bülkau im Kreis Neuhaus/Oste, genannt Meyer-Bülkau,⁹³ der bereits seit 1921 dem Preußischen Landtag angehörte und längst zu den führenden Persönlichkeiten der DHP aufgestiegen war, Mitglied des Reichstags.⁹⁴

90 Zevener Zeitung Nr. 67 vom 4. Mai 1924.

91 Ebd.

92 Einzig im Kreis Neuhaus/Oste konnte sie von 31,71 % auf 40,62 % zulegen und von starken Verlusten der SPD und DVP profitieren. KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 131-3.

93 Heinrich Meyer-Bülkau war zudem von 1928 bis 1948 Mitglied des Landeskirchentags bzw. der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Hannover und von 1930 bis 1934 auch Mitglied des Landeskirchenausschusses. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er in Hadeln als Landrat eingesetzt. Das Amt übte er bis 1948 aus. Parteipolitisch wirkte er 1945 an der Gründung der »Niedersächsischen Landespartei« als Nachfolgepartei der DHP mit. Von 1946 bis 1948 gehörte er als Abgeordneter dem Niedersächsischen Landtag an und wurde zum Vizepräsidenten des Parlaments gewählt. Vgl. Bernd BRAUN, Heinrich Meyer-Bülkau, in: Jan LOKERS/Heike SCHLICHTING (Hrsg.), Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon, Bd. 2, Stade 2010, S. 211-213. Ein Nachlass von Meyer-Bülkau befindet sich, in: Landeskirchliches Archiv Hannover (LkAH), N 049 Nachlass Heinrich Meyer (Bülkau).

94 Dort gehörten sie der Fraktion der »Wirtschaftlichen Vereinigung« an. Bureau des Reichstags (Hrsg.), Reichstags-Handbuch, II. Wahlperiode 1924, Berlin 1924, S. 372, S. 482 und S. 600-602.



Abb. 5: »Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!« Hier bediente sich die DHP des bekannten »Rütlischwurs«

Von den im Elbe-Weser-Raum agierenden politischen Parteien konnte die DHP keine Unterstützung erwarten. Ganz im Gegenteil, sich ansonsten gegeneinander ablehnend zeigende Parteien traten kurzzeitig zumindest nach außen hin geeint im Kampf gegen die Vorabstimmung auf. So riefen beispielsweise im Kreis Rotenburg die Deutsche Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und der Völkisch-soziale Block ihre Anhänger in einem gemeinsamen Appell zur Wahlenthaltung auf.⁹⁵ Die

95 Visselhöveder Landbote Nr. 102 vom 16. Mai 1924; Rotenburger Anzeiger Nr. 8.733 vom 9. Mai 1924.

Sozialdemokraten schalteten separate Aufrufe, die u.a. unter der Schlagzeile ›Gegen den welfischen Separatismus!‹ standen.⁹⁶ In einem letzten Großaufruf vor der Abstimmung wandte sich der Vorstand des SPD-Parteibezirks Hamburg-Nordwest gemeinsam mit allen Unterbezirks- und Kreisvorständen an seine Mitglieder und Wähler und forderte sie zur Wahlenthaltung auf, um die *Eigenbrödelei der Welfen* scheitern zu lassen.⁹⁷

Die Vorabstimmung wurde für die DHP zu einer großen Enttäuschung.⁹⁸ Von den 1.764.775 Abstimmungsberechtigten sprachen sich nur 449.560 für die Loslösungsbestrebungen aus, was einem Anteil von 25,47 % entsprach. Für die Durchführung einer endgültigen Abstimmung über die Selbstständigkeit der Provinz Hannover hätte jedoch mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten die Vorabstimmung unterstützen müssen.⁹⁹ Das Ergebnis spiegelte sich auch im Regierungsbezirk Stade wider, wo 26,35 % für die angestrebte Abspaltung von Preußen votierten. Nur in den Kreisen Bremervörde (69,82 %), Zeven (59,29 %), Rotenburg (48,99 %) und Osterholz (36,25 %) konnte die gesetzlich verankerte Hürde genommen werden. In den Kreisen Geestemünde (33,07 %), Verden (32,61 %), Lehe (31,71 %), Stade (29,27 %), Achim (24,82 %), Jork (24,48 %), Neuhaus/Oste (23,26 %), Blumenthal (18,08 %), Hadeln (12,78 %) und Kehdingen (11,03 %) scheiterte der Vorstoß der Deutsch-Hannoveraner.¹⁰⁰ Auffallend waren die Ergebnisse in den Kreisen Hadeln, Kehdingen, Neuhaus/Oste sowie in der Stadt Stade, denn dort hatte die DHP bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 einen deutlich höheren Stimmenanteil auf sich vereinen können, als ihr nun bei der Vorabstimmung zuteil wurde, was zeigte, dass sich viele Einwohner zwar parteipolitisch der DHP verbunden fühlten, aber noch längst nicht eine Loslösung von Preußen wünschten.¹⁰¹

Im Vorfeld zur Abstimmung hatten sich die bürgerlichen Tageszeitungen in ihrer Berichterstattung wie angekündigt zur Loslösungsfrage vielfach neutral verhalten oder diese möglichst wenig thematisiert. Doch nach der gescheiterten Vorabstimmung wurde vereinzelt Kritik an den Bestrebungen der Deutsch-Hannoveraner sowie an der Art und Weise der geführten politischen Auseinandersetzung zwischen Unterstützern und Gegnern geübt. Das »Stader

96 Rotenburger Anzeiger Nr. 8.763 vom 13. Mai 1924.

97 Stader Tageblatt Nr. 115 vom 16. Mai 1924.

98 Unberücksichtigt blieb der Regierungsbezirk Aurich, der dem angestrebten neuen Staatengebilde nicht angehören sollte. Bremervörder Zeitung Nr. 118 vom 20. Mai 1924.

99 Vorläufiges Endergebnis der am 18. Mai 1924 stattgefundenen Vorabstimmung in Hannover, in: KreisA ROW, LRA Zeven, Nr. 7-5.

100 Übersicht über das Ergebnis der Vorabstimmung am 18. Mai 1924 im Regierungsbezirk Stade, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 313-1.

101 Ebd.; Bremervörder Zeitung Nr. 118 vom 20. Mai 1924.

Tageblatt« kommentierte den Wahlkampf und das Abstimmungsergebnis folgendermaßen:

Dieser Kampf, der gottlob hinter uns liegt, ist von beiden Seiten mit einer Aufwühlung der Leidenschaft, mit einer Erbitterung, ja mit einem Hasse geführt worden, daß man wünschen mußte, die fast tobsüchtige Entfesselung des furor teutonicus wäre besser gegenüber den Feinden [Deutschlands] erfolgt, die draußen stehen, die das deutsche Gesamtvolk knechten und kneten und bei denen es nun ein Hohnlachen über diese deutsche Selbstzerfleischung gibt.¹⁰²

Die »Nordhannoversche Landeszeitung« aus Otterndorf zeigte sich sichtlich erfreut darüber, dass die *Deutschhannoveraner im Kreise Hadeln eine empfindliche Schlappe erlitten haben* und die DHP im Kreisgebiet seit der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 kontinuierlich an Zuspruch verloren hatte.¹⁰³ Die »Provinzial-Zeitung« aus Geestemünde hegte die Hoffnung, dass nun *der Bruderzwist im hannoverschen Lande endlich sein Ende findet*, da der *Abstimmungskampf wirklich genug häßliche Blüten gezeigt* hatte.¹⁰⁴ Sie appellierte zudem, dass

man es unterlassen sollte, die Hannoveraner als Vaterlandsfeinde hinzustellen, denn wir kennen manche von ihnen, dessen Herz nicht minder treu und heiß für das große deutsche Vaterland schlägt wie für ihr hannoversches Heimatland.¹⁰⁵

Das sozialdemokratische Parteiblatt »Norddeutsche Volksstimme« aus Bremerhaven war mit dem Ergebnis der *Welfenabstimmung* in den jeweiligen Stadt- und Landkreisen Geestemünde und Lehe zufrieden:

Mit diesem Resultat dürfen auch noch nicht die bescheidensten Hoffnungen der Welfen erfüllt sein trotz ihrer verzweifelten Agitation, in der jedes Mittel zum Zweck, wenn auch noch so verlogen, heilig war.¹⁰⁶

Dass sich die Deutsch-Hannoveraner mit dem Abstimmungsergebnis jedoch nicht abfinden wollten, bezeugte ihre Stellungnahme *›Ein Warnruf der Hannoveraner! Der Krieg geht weiter.‹*, der am Tag nach der Abstimmungsniederlage durch den *Hauptausschuss für die Volksabstimmung* in der Tagespresse zur Veröffentlichung kam und durch sein Vokabular verdeutlichte, wie unversöhnlich

¹⁰² Stader Tageblatt Nr. 117 vom 19. Mai 1924.

¹⁰³ Nordhannoversche Landeszeitung Nr. 60 vom 20. Mai 1924.

¹⁰⁴ Provinzial-Zeitung Nr. 117 vom 19. Mai 1924.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Norddeutsche Volksstimme Nr. 117 vom 19. Mai 1924.



Abb. 6: Die DHP brachte im Nachgang zur Abstimmung diese Protest- und Denkschrift heraus.

sich Befürworter und Gegner in der Loslösungsfrage gegenüberstanden.¹⁰⁷ Dass die Deutsch-Hannoveraner nach der Abstimmungsniederlage weiter an der Abspaltung von Preußen festhielten, stieß beim »Achimer Kreisblatt« nicht nur auf völliges Unverständnis, sondern die Zeitung warf zudem die Forderung an den Reichstag auf, Artikel 18 der »Weimarer Reichsverfassung« zu tilgen oder zumindest so weit anzupassen, daß künftiger welfischer Wühlarbeit ein für allemal auch verfassungsmäßig ein Riegel vorgeschieben wird, um eine erneute Unruhe über Hannover und eine mögliche Zerschlagung Preußens zu verhindern.¹⁰⁸

Tatsächlich leitete die Niederlage in der Vorabstimmung auch einen unumkehrbaren Niedergang der Deutsch-Hannoverschen Partei ein, denn sie hatte

¹⁰⁷ Bremervörder Zeitung Nr. 118 vom 20. Mai 1924.

¹⁰⁸ Achimer Kreisblatt Nr. 7.700 vom 20. Mai 1924.

ihr zentrales politisches Ziel verfehlt. Das Scheitern wurde im selben Jahr noch durch das Resultat der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 befördert, denn die Partei rutschte nochmals ab und kam im Regierungsbezirk Stade auf nur noch 23,19 % der Stimmen. Selbst in ihren Hochburgen, den Kreisen Bremervörde (48,91 %), Zeven (48,44 %) und Rotenburg (37,34 %), musste sie Einbußen hinnehmen, so dass sie im Vergleich zur Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 in allen Kreisen nunmehr jeweils über 20 Prozentpunkte verloren hatte.¹⁰⁹ Darüber hinaus sorgten die Wahl- und Abstimmungsniederlagen des Jahres 1924 zu einer noch stärkeren innerparteilichen Polarisierung zwischen den republikanischen Kreisen auf der einen Seite und den Rückwärtsgewandten auf der anderen Seite, die immer noch an der Restauration der Monarchie der Welfen festhielten.¹¹⁰ Intern resignierte beispielsweise der zum Führungskreis der Deutsch-Hannoverschen Partei Nordhannovers zählende Major a.D. Theodor von Plate und stellte die Zukunft der Partei in Frage. So war für ihn im Gebiet des Kreises Stade *die Organisation erledigt undführerlos* und selbst ihre bisherige Hochburg, der Kreis Zeven, schien der Partei zu entgleiten, so Plates Wahrnehmung.¹¹¹ Für die desolate Situation machte er Ludwig Alpers und dessen engste Mitstreiter, die für die demokratisch-föderalistischen Ziele in der Partei einstanden, verantwortlich.¹¹² Gegen diese internen Anfeindungen setzte sich u.a. der Kreisobmann des Kreises Lehe, Ferdinand Eckhoff aus Bederkesa, zur Wehr. Im Namen *der Heimattreuen des Kreises Lehe* verfasste er eine Solidaritätserklärung, die auf künftigen Konferenzen der Deutsch-Hannoverschen Partei Nordhannovers zur Verlesung kommen sollte. Darin wurde gefordert, geeint den Einfluss des Landbundes und des Handwerkerbundes auf die DHP zurückzudrängen und sich schärfer gegen die Deutschnationalen zu positionieren. Am Ende unterstrich Eckhoff: *Auf der alten Grundlage wollen wir kämpfen unter der Führung des Herrn Alpers. Herr Alpers ist und bleibt unser Führer.*¹¹³

Am 3. September 1925 verfasste Regierungspräsident Rose für das Preußische Ministerium des Innern einen umfassenden Bericht über den *Stand der welfischen Bewegung*, die in *weiten Teilen des Regierungsbezirks stark einge-*

¹⁰⁹ Regierungspräsident Rose, Stade, an den Landrat in Bremervörde, [ca. Dezember 1924], in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 131-3.

¹¹⁰ Volksblatt für die Unterelbe Nr. 32 vom 7. Februar 1925; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 8, S. 81-83.

¹¹¹ Major a.D. Theodor von Plate, Altenwisch bei Balje, an Dr. Rathje in Hannover vom 19. April 1925, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 29.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Kreisleitung der Deutsch-Hannoverschen Partei Lehe-Landkreis, Kreisobmann Ferdinand Eckhoff, Bederkesa, an die Deutsch-Hannoversche Partei Nordhannover in Stade vom 29. April 1925, in: KreisA ROW, F 1 Nachlass Ludwig Alpers.

schlummert war, zumal es *anscheinend an Agitationsstoff und Geld fehlt*, so dessen Einschätzung.¹¹⁴ Allein im Kreis Bremervörde, im Gebiet des ehemaligen Amtes Harsefeld sowie der Börde Sittensen konnte der Regierungspräsident noch verstärkte Aktivitäten der DHP ausmachen. Sie zielten vor allem auf die Gewinnung der Jugend ab, was letztlich aber durch *eine erfolgreiche Gegenarbeit* der rechtsgerichteten Wehrverbände Jungdeutscher Orden, Jungstahlhelm und Verband Hindenburg beeinträchtigt wurde, was Rose offensichtlich begrüßte.¹¹⁵ Im Hannoverschen Landbund sah der Regierungspräsident den Einfluss der DHP zusehends schwinden, wohingegen im Nordwestdeutschen Handwerkerbund und den zugehörigen Kreishandwerkerbünden die Stellung der Partei weiter ausgebaut werden konnte.¹¹⁶

Da die Deutsch-Hannoversche Partei, d. h. insbesondere der Reichstagsabgeordnete Meyer-Bülkau, den bürgerlichen Tageszeitungen regelmäßig Pressetexte zukommen ließ und diese überwiegend zum Abdruck kamen, um nicht die deutsch-hannoversch gesinnte Leserschaft zu verlieren, schlug Regierungspräsident Rose die *Einrichtung einer Sonderpressestelle nach Art des Heimdienstes*¹¹⁷ vor, um die Zeitungen mit *geeignetem antiwelfischen Material zu versehen, das aber in vorsichtiger Form* zum Abdruck kommen sollte.¹¹⁸ Da die »Bremervörder Zeitung« entgegen den einstigen Beteuerungen des Verlegers Borgardt offenkundig doch im *deutsch-hannoverschen Fahrwasser segelte*,¹¹⁹ wurde der Versuch unternommen, mit der neugegründeten »Niedersächsischen Tageszeitung« eine dezidiert antiwelfische Zeitung im Kreisgebiet zu etablieren. Das Projekt, das verdeckt von Bremervörder Kaufleuten sowie dem Kreislandbund Bremervörde und dessen Syndikus Wilhelm Sievers getragen wurde, scheiterte jedoch und musste nach nur wenigen Monaten des Erscheinens Konkurs anmelden.¹²⁰ Das

¹¹⁴ Regierungspräsident in Stade, Rose, an den Ministerialrat Gräser, Preußisches Ministerium des Innern in Berlin, vom 3. September 1925, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 327.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Die Reichszentrale für Heimatdienst war zur Zeit der Weimarer Republik eine staatliche Informations- und Bildungsbehörde zur Förderung des Demokratiebewusstseins. Vgl. Pierre SCHMUCK, Stabilisierung der Demokratie durch politische Bildung? Die Reichszentrale für Heimatdienst und freie Volkshochschulen in der Weimarer Republik, in: Andreas BRAUNE u. a. (Hrsg.), Bildung und Demokratie in der Weimarer Republik, Stuttgart 2022, S. 79-94.

¹¹⁸ Regierungspräsident in Stade, Rose, an den Ministerialrat Gräser, Preußisches Ministerium des Innern in Berlin, vom 3. September 1925, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 327.

¹¹⁹ Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Oberpräsidenten in Hannover vom 28. April 1921, in: KreisA ROW, Kreis BRV 1, Nr. 138-1.

¹²⁰ Regierungspräsident in Stade an den Ministerialrat Gräser, Preußisches Ministerium des Innern in Berlin, vom 3. September 1925, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 327; STEIN, Tagespresse, wie Anm. 56, S. 132.

offizielle DHP-Parteiorgan, der »Nordhannoversche Landesbote«, hatte den Beobachtungen des Regierungspräsidenten nach indes mit sinkenden Abonnementzahlen zu kämpfen und schränkte – vermutlich aus Kostengründen – die Veröffentlichung selbstverfasster Artikel immer weiter ein. Mit einem warnenden Resümee ließ Regierungspräsident Rose seinen Bericht enden:

Abschließend muss festgestellt werden, dass man sich eines schweren Fehlers schuldig machen würde, wenn man annehmen würde, dass die jetzige Stille in der welfischen Bewegung andauernd fortschreiten wird. Um dies Ziel zu erreichen, wird es für Jahrzehnte hinaus einer geschickten, den welfischen Bestrebungen den Wind aus den Segeln nehmenden Politik der preußischen Dienststellen bedürfen.¹²¹

Der Großdeutsche Orden ›Heinrich der Löwe‹,
die Deutsche Legion und der Herzogin-Viktoria-Luise-Bund

Die gegensätzlichen Lager innerhalb der welfischen Bewegung manifestierten sich auch in zwei überregional agierenden, aber nicht der Partei direkt unterstehenden Verbänden, die 1924 ins Leben gerufen wurden. Es waren dies der »Großdeutsche Orden ›Heinrich der Löwe‹« sowie die »Deutsche Legion«. Beide zielten vor allem auf die Gewinnung von männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab und sollten an sich welfisch gesinnte Mitglieder, die bisher dem Stahlhelm, Jungstahlhelm oder Jungdeutschen Orden angehörten, aus diesen Wehrverbänden herausziehen.¹²²

Zunächst wurde im April 1924 der Großdeutsche Orden ›Heinrich der Löwe‹ gegründet, der als uniformierter Verband unter anderem für die *politische Selbstbestimmung des niedersächsischen Stammes innerhalb des Reiches auf demokratisch-fortschrittlicher Grundlage* eintrat.¹²³ Der Großdeutsche Orden kämpfte für ein föderalistisch-demokratisches Deutschland und einen darin aufgehenden selbstbestimmten Bundesstaat Niedersachsen, der aus dem Zusammenschluss der von Preußen losgelösten Provinz Hannover, dem Freistaat Oldenburg und dem Freistaat Braunschweig gebildet werden sollte. Diese Ziele sollten nach dem Willen der Ordensmitglieder auch in der Deutsch-Hannoverschen Partei in den Vordergrund treten, was für die monarchistisch ausgerichteten Teile der Partei, die sich der Wiedererrichtung eines Königreichs Hannover

¹²¹ Regierungspräsident in Stade, Rose, an den Ministerialrat Gräser, Preußisches Ministerium des Innern in Berlin, vom 3. September 1925, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 327.

¹²² Ebd.

¹²³ Inlandsbericht Nr. 123 des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Berlin, vom 15. Oktober 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 317.

verschrieben hatten, einem Affront gleichkam.¹²⁴ In deutsch-hannoverschen Kreisen wurden die Ordensmitglieder daraufhin vielfach als *Linke* verschrien – eine Anschuldigung, die sie von sich wiesen.¹²⁵ Auch der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung stufte den Großdeutschen Orden als einen Verband mit *einem deutlichen sozial-reformerischen Einschlag* ein, der *auf dem Boden der föderalistischen Volksgemeinschaft* stehen würde.¹²⁶ Erste Erfolge konnte der Orden beispielsweise in den Kreisen Verden und Achim erzielen, wo im Rahmen der vierten Nordhannoverschen Landesversammlung der DHP am 27. September 1925 allein aus diesen beiden Kreisgebieten angeblich rund 400 Mitglieder des Ordens an einem Festumzug durch die Stadt Verden teilnahmen. Darüber hinaus gelang es mit den neugebildeten Scharen, der kleinsten Organisationseinheit des Ordens, in Blender und Holtum-Geest sogar den Stahlhelm zu verdrängen, dessen dortige Ortsgruppen infolge der Aktivitäten des Ordens sogar eingegangen waren.¹²⁷ Überhaupt konnte eine der frühesten Scharen in Verden gebildet werden.¹²⁸ Weitere Gründungen von Scharen wurden Mitte September 1924 auch für Harsefeld, Steinkirchen, Ohrensen, Horneburg, Stade, Mulsum und Bremervörde angekündigt.¹²⁹ Bestehende Scharen sind für das Jahr 1924 auch überliefert in Nottendorf, Bliedersdorf und Grünendeich.¹³⁰ Doch letztlich blieb dem Verband eine größere Verbreitung im Elbe-Weser-Raum verwehrt.

¹²⁴ Der Großdeutsche Orden »Heinrich der Löwe« gliederte sich dem Vorbild eines Ritterordens nach in Ballei, Komturei, Gefolgschaft und Schar und hatte seinen Sitz in Hannover. Inlandsbericht Nr. 123 des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Berlin, vom 15. Oktober 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 317.

¹²⁵ Wahrheit und Recht Nr. 1 vom 7. Januar 1928 (Organ des Großdeutschen Ordens »Heinrich der Löwe«).

¹²⁶ Auszug aus dem Inlandsbericht Nr. 112 des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Berlin, vom 22. Juli 1925, in: Staatsarchiv Bremen (StAB), 4.65/144.

¹²⁷ Von Seiten der Stadtbevölkerung gab es fast keine öffentlichen Sympathiebekundungen wie etwa durch das Hissen der hannoverschen gelb-weißen Flagge anlässlich der Veranstaltung. Landrat in Verden, Varain, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 5. Oktober 1925, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333; Verdener Kreisblatt Nr. 229 vom 29. September 1925; Verdener Anzeigenblatt Nr. 11.025 vom 29. September 1925.

¹²⁸ Landrat in Verden, Varain, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 25. Oktober 1924, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 1979.

¹²⁹ Stader Tageblatt Nr. 228 vom 16. September 1924 und Nr. 34 vom 10. Februar 1925.

¹³⁰ Landrat in Jork, Schwering, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 10. Oktober 1924, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 480; Altländer Zeitung Nr. 145 vom 9. Oktober 1924; Stader Tageblatt Nr. 266 vom 11. November 1924.



Abb. 7: Auch in Sittensen formierte sich eine Gruppe der »Deutschen Legion«, die hier im Rahmen eines Heimatfests im Jahre 1927 Aufstellung nahm (Archiv der Gemeinde Sittensen).

Als Gegengründung zum Großdeutschen Orden wurde die Deutsche Legion¹³¹ als paramilitärischer Wehrverband der rechtsgerichteten Deutsch-Hanoveraner gebildet, die in ihrer Entwicklung zunächst allerdings hinter der des Großdeutschen Ordens deutlich zurückblieb.¹³² Die Deutsche Legion verstand sich als *Gesinnungsgemeinschaft deutscher Männer*, und wer ihr beitreten wollte, *musste deutschblütig sein und sein Vaterland und seine niedersächsische Heimat treu und wahr lieben* sowie sich u. a. dem Kampfe zur *Vereinigung aller deutschen Stämme unter einer kraftvollen Reichsgewalt* verschreiben.¹³³ Der Verband stellte sich offiziell ebenfalls als parteiunabhängig dar. Auch die Deutsche

¹³¹ Der Begriff wurde in Anlehnung an die »King's German Legion« gewählt, die in den napoleonischen Befreiungskriegen gegen die Franzosen zum Einsatz gekommen war. Vgl. Jens MASTNAK, Die King's German Legion 1803–1816. Lebenswirklichkeit in einer militärischen Formation der Koalitionskriege, Celle 2015.

¹³² Die Deutsche Legion gliederte sich in Landsmannschaften, Gau, Ämter und Gruppen. Inlandsbericht Nr. 123 des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Berlin, vom 15. Oktober 1927, in: StAB, 4,65/146.

¹³³ Polizeipräsidium Hannover, Landeskriminalpolizeistelle, Kriminalkommissar Leim, Monatsbericht der Politischen Abteilung für den Januar 1927, verfasst im Februar 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

Legion betrieb aktiven Wehrsport, unter anderem mit Geländeübungen und Kleinkaliberschießen. Zu Beginn des Jahres 1927 zählte die Deutsche Legion etwa 2.500 Mitglieder, sogenannte *Legionsmänner*. Unter 17-jährige Mitglieder wurden als *Jungmänner* bezeichnet.¹³⁴ Der Landesführerschaft der Deutschen Legion gehörte auch der Junglandbundführer und Hofbesitzer Klaus Tamke¹³⁵ aus Ohrensen im Kreis Stade an, der u.a. für die Durchführung von Maßnahmen zur körperlichen Ertüchtigung verantwortlich war.¹³⁶ Tamke war zugleich auch Führer der *Landschaft Bremen-Verden* der Deutschen Legion, die sich über den Elbe-Weser-Raum erstreckte.¹³⁷ Anfang August 1925 war die Landschaft Bremen-Verden bereits über 30 Gruppen stark, wobei einige der frühesten Gründungen unter anderem in Ahlerstedt, Geestemünde, Lehe, Sievern und Gnarrenburg¹³⁸ vollzogen werden konnten.¹³⁹ Eigene Kleinkaliberschießstandanlagen betrieben u.a. die Gruppen der Deutschen Legion in Selsingen,¹⁴⁰ Sandbostel¹⁴¹ und Hepstedt.¹⁴²

Ab April 1927 war die Geschäftsstelle der Deutschen Legion in Zeven beheimatet, da ihr Geschäftsführer zum neuen Redakteur des »Nordhannoverschen Landesboten« berufen wurde, wodurch der Verband im Kreis Zeven sowie in den angrenzenden Gebieten deutlich an Rückenwind gewann.¹⁴³

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Tamke (1897-1945) gehörte von 1929 bis 1930 dem Kreistag in Stade sowie von 1929 bis 1933 dem Provinziallandtag in Hannover an. Beatrix HERLEMANN, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945, Hannover 2004, S. 357.

¹³⁶ Polizeipräsidium Hannover, Landeskriminalpolizeistelle, Kriminalkommissar Leim, Monatsbericht der Politischen Abteilung Nr. 8/27, verfasst im Oktober 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

¹³⁷ Landrat in Zeven, Hamann, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 28. September 1931, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333; Nordhannoverscher Landesbote Nr. 188 vom 13. August 1931.

¹³⁸ Die Kameradschaft Gnarrenburg ging zwischenzeitlich wieder ein, konnte aber im Juli 1931 im Rahmen eines großen Heimatfestes neu gegründet werden. Bremervörder Zeitung Nr. 156 vom 7. Juli 1931.

¹³⁹ Stader Tageblatt Nr. 182 vom 6. August 1925.

¹⁴⁰ Bau eines Schießstandes für die Deutsche Legion Selsingen, 1927-1928, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 20-5.

¹⁴¹ Neu- und Umbau des Schießstandes für die Deutsche Legion Sandbostel, 1928, in: KreisA ROW, LRA BRV, Nr. 20-8.

¹⁴² Schießstandanlage der Deutschen Legion Hepstedt, 1929-1932, in: KreisA ROW, LRA Zeven, Nr. 342-1.

¹⁴³ Polizeipräsidium Hannover, Landeskriminalpolizeistelle, Monatsbericht 4/28 der Politischen Abteilung für den März 1928, verfasst im April 1928, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 284.



Abb. 8: Die Deutsche Legion beteiligte sich an einem Festumzug durch Sittensen. Auf sie folgte im Hintergrund der Jungdeutsche Orden (Archiv der Gemeinde Sittensen).

Zur stärkeren Einbindung von Frauen wurde 1924 der »Herzogin-Viktoria-Luise-Bund«¹⁴⁴ gegründet.¹⁴⁵ In Buxtehude traf der Deutsch-Hannoversche Verein »Nordstern« im Oktober 1924 Vorkehrungen zur Gründung einer Gruppe des Herzogin-Viktoria-Luise-Bundes sowie einer angeschlossenen Mädchengruppe.¹⁴⁶ Im März 1929 zählte der Frauenbund, dessen Leitung in Hannover ansässig war, insgesamt 31 Ortsgruppen.¹⁴⁷ Im Herbst 1929 trat der Frauenbund auch in Visselhövede in Erscheinung, was auf die Initiative von Marietta Freifrau von der Kettenburg zurückging, die für Zusammenkünfte das Schloss Kettenburg zur Verfügung stellte.¹⁴⁸ Freifrau von der Kettenburg wurde zur Vorsitzenden der Ortsgruppe Visselhövede und Umgegend gewählt.¹⁴⁹ Im Oktober 1930 zählte

¹⁴⁴ Zur Herzogin Viktoria Luise zu Braunschweig-Lüneburg vgl. Gerd BIEGEL (Hrsg.), Victoria Luise. Kaisertochter, Herzogin und Braunschweiger Bürgerin. Streiflichter aus ihrem Leben, Braunschweig 1992.

¹⁴⁵ Oberpräsident in Hannover, Noske, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 17. Oktober 1924, in: NLA ST, Rep. 180 P. Nr. 1979. Ein Vorläufer war der 1919 gebildete »Deutsch-Hannoversche Frauenbund«. NLA HA, V. V. P. 17, Nr. 2443.

¹⁴⁶ Buxtehuder Wochenblatt Nr. 246 vom 18. Oktober 1924.

¹⁴⁷ Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 3 vom März 1929.

¹⁴⁸ Visselhöveder Landbote Nr. 246 vom 19. Oktober 1929.

¹⁴⁹ Visselhöveder Landbote Nr. 245 vom 18. Oktober 1930.

die Ortsgruppe 50 Frauen, wobei sich gerade *neue Walsroder Bundesschwestern* [...] in schöner Zahl angeschlossen hatten.¹⁵⁰ In Bremervörde wurde am 23. März 1930 eine Ortsgruppe des Herzogin-Viktoria-Luise-Bundes ins Leben gerufen.¹⁵¹ Dass es gerade die Ehefrauen und Töchter der lokalen und regionalen deutsch-hannoverschen Parteigrößen waren, die im Vorstand des Bundes aktiv waren, wurde beispielhaft anhand der Ortsgruppe »Kreis Neuhaus« deutlich, die am 3. Juli 1932 mit Unterstützung aus Bremervörde gegründet werden konnte.¹⁵²

Die Neustrukturierung der Parteiorganisation

Im Mai 1927 schätzte die Politische Polizei die Mitgliederzahl der DHP in der Provinz Hannover auf etwa 4.000 bis 4.500 ein.¹⁵³ Im Herbst 1927 gab die Parteileitung der DHP mit Blick auf die kommenden Landtags- und Reichstagswahlen eine grundlegende Neustrukturierung der Parteiorganisation bekannt,¹⁵⁴ die zu diesem Zeitpunkt noch längst nicht flächendeckend ausgebaut war, denn es mussten noch immer neue Bezirks- und Kreisverbände gebildet werden.¹⁵⁵ Bis dahin bestand diese selbstverständliche Einteilung vielerorts nur in der Theorie und zwar nicht nur in den schwierigen Gegenden Südhannovers, sondern auch in Osthannover, wie es die Parteiführung intern eingestehen musste.¹⁵⁶ Bemerkenswert war zudem, dass zum Zweck regelmäßig eingehender Mitgliedsbeiträge, die die Partei insbesondere für Wahlkampfaktivitäten dringend benötigte, das nach dem Weltkrieg aufgegebene *System der eingeschriebenen Mitglieder wieder eingeführt* wurde.¹⁵⁷ Den Antrag dazu hatte der

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Bremervörder Zeitung Nr. 70 vom 24. März 1930.

¹⁵² Bericht zur Gründung der Ortsgruppe »Kreis Neuhaus« am 3. Juli 1932 in Höftgrube, Henny Burfeind, [Bremervörde, Juli 1932], in: KreisA ROW, C 1, Nr. 7598; Bremervörder Zeitung Nr. 158 vom 8. Juli 1932.

¹⁵³ Polizeipräsidium Hannover, LKP-Stelle, Kriminalkommissar Leim, Monatsbericht der Politischen Abteilung für den 1.3. bis 30.4.1927, verfasst im Mai 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

¹⁵⁴ Polizeipräsidium Hannover, Landeskriminalpolizeistelle, Kriminalkommissar Leim, Monatsbericht der Politischen Abteilung für den November 1927, verfasst im Dezember 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

¹⁵⁵ Satzung der Deutsch-hannoverschen Partei, beschlossen in der Zentralvorstandssitzung vom 1. November 1927, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

¹⁵⁶ Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 34 vom Juli 1928.

¹⁵⁷ Polizeipräsidium Hannover, Landeskriminalpolizeistelle, Kriminalkommissar Leim, Monatsbericht der Politischen Abteilung für den Dezember 1927, verfasst im Januar 1928, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

Bezirk Lüneburg der DHP bei der Landesversammlung in Wesermünde im Mai 1927 eingebracht, der zur Grundlage einer Novellierung der Parteisatzung wurde, die zum 1. Januar 1928 in Kraft trat.¹⁵⁸

Doch auch die beginnende organisatorische Neuaufstellung der Partei, die nach eigenen Angaben aufgrund des einsetzenden Wahlkampfes im Frühjahr 1928 abgebrochen werden musste,¹⁵⁹ konnte den Niedergang der DHP nicht aufhalten. So musste sie bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 wiederum stärkere Verluste hinnehmen und hatte mit 19,06 % der Stimmen ihr Wahlergebnis von 1920 im Regierungsbezirk Stade fast halbiert. Allein im Kreis Zeven konnte sie leichte Zugewinne erzielen und blieb dort mit 48,64 % der Stimmen weiterhin die mit Abstand stärkste Partei. Aus dem »Wahlkreis 15 Ost-Hannover« zogen Alpers, Meyer-Bülkau sowie der Schornsteinfegerobermeister August Arteldt aus Uelzen in den Reichstag ein.¹⁶⁰ Selbstkritisch hieß es nach der Reichstagswahl in den »Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei«:

Es ist ganz gewiß ein Grund unseres Stimmenverlustes, daß wir nicht mit einer schlagfertigen Organisation in den Wahlkampf eintreten konnten. Dieser bedauerliche Mangel hat sich besonders in den Bezirken Hildesheim und Stade während des Wahlkampfes schon bei der Ansetzung der rednerischen Kräfte in einem Maße gezeigt, daß wir es in Hannover täglich fühlen konnten. Wir müssen im Laufe des kommenden Herbstes und Winters es fertig bringen, daß wir in allen Bezirken nicht nur eine wirklich aktive Bezirksleitung, sondern auch besonders überall dauernd mobile und tatkräftige Kreisleitungen haben, koste es an Mühe was es wolle. Sache der Kreisorganisation wird es dann sein, ihren Vertrauensmännerapparat gründlich zu überprüfen, um überall auch Vertrauensleute zu haben, die wirklich die Fähigkeit und den Willen haben, Vertrauensmann der Partei im besten Sinne des Wortes zu sein.¹⁶¹

¹⁵⁸ Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 34 vom Juli 1928.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Insgesamt war die DHP mit nur vier Abgeordneten im Reichstag vertreten. Alpers konnte nur aus dem Grunde in den Reichstag einziehen, dass Meyer-Bülkau seine Wahl über den Reichswahlvorschlag angenommen hatte. Bureau des Reichstags (Hrsg.), *Reichstags-Handbuch, IV. Wahlperiode 1928*, Berlin 1928, S. 217 und S. 562.

¹⁶¹ Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 34 vom Juli 1928.

Dass die Parteiorganisation der DHP weitgehend noch immer in antiquierten Strukturen verharrte und die durch den Wandel des politischen Systems von der Monarchie zur Republik für die Parteien allgemein notwendig gewordenen Reformen verpasst hatte, wurde jetzt ebenfalls erkannt, denn weiter hieß es:

Der Plan der Neuorganisation des Landes liegt in großen Zügen schon vor, wir dürfen schon an dieser Stelle um die tatkräftige Unterstützung der Bezirke und Kreise bitten, mit deren Hilfe wir allein zum Ziele kommen können. Organisation ist die Vorbedingung einer wirksamen Agitation, auch diese alte Erfahrung haben wir wieder machen müssen. [...] Eine Bitte darf hier auch ausgesprochen werden: Haben wir unsere Kreise organisiert und eingeschriebene Mitglieder geworben, ist unsere Partei also nicht nur eine Partei von Wählern, sondern auch von Mitgliedern, dann muß in den Jahren zwischen den großen politischen Wahlen Leben in der Partei, in den Kreisvereinen und auch in den Ortsgruppen herrschen, und zwar politisches Leben. Schränken wir ruhig das Feiern von Heimatfesten und Heimatabenden etwas ein und tun wir mehr für die politische Bildung unserer Mitglieder. Regelmäßige Mitgliederversammlungen, in denen über die Arbeit der Partei und ihrer Abgeordneten gesprochen wird, können Mitglieder erziehen, die nun auch fähig sind, in der so notwendigen Kleinarbeit von Mund zu Mund die Ziele der Partei zu vertreten.¹⁶²

Hier offenbarte das Direktorium und der Zentralvorstand, wie weit die DHP davon entfernt war, eine moderne Partei zu sein, und es wurde deutlich, warum die DHP insbesondere für Neuwähler und junge Menschen, die sich politisch engagieren und binden wollten, wenig ansprechend war.¹⁶³

Im Juni 1928 setzte sich der Bezirksvorstand Stade der DHP aus Alpers, Meyer-Bülkau, dem Rittergutsbesitzer Franz von der Decken¹⁶⁴ auf Gut Lammühlen, dem Rittergutsbesitzer Burchard-Friedrich von der Decken auf Gut Ritterhof sowie dem Spinnerei- und Färbereibesitzer Karl Wielert aus Bremervörde zusammen. Wielert zählte am 10. Januar 1910 zu den Mitbegründern des

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Das wurde auch erkannt und es wurden Versuche unternommen, dem entgegenzuwirken. So wurden für den Winter 1928/29 spezielle *politische Schulungswochen* angekündigt, um besonders jüngere Freunde unserer Bewegung zu tatkräftigen Werbern unserer Ziele heranzubilden. Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 38 vom November 1928.

¹⁶⁴ Franz von der Decken gehörte dem Hannoverschen Provinziallandtag erstmals von 1921 bis 1925 an. Im November 1929 wurde er erneut in das Parlament gewählt, doch schied er im März 1932 vorzeitig wieder aus, da er in Konkurs geraten war. Für ihn rückte der Landwirt Johann Nicolaus Bruns aus Langen nach, der auch stellvertretender Landrat im Kreis Lehe war. HERLEMANN, Biographisches Lexikon, wie Anm. 135, S. 65 und S. 78.

Deutsch-Hannoverschen Vereins Bremervörde und Umgegend,¹⁶⁵ dessen Vorsitz er sogleich übernahm. Wielert war zeitweise Bürgervorsteher-Worthalter des Stadtverordnetenkollegiums und Mitglied des Kreistags. Er galt lange Zeit als der führende Deutsch-Hannoveraner in der Stadt, so dass er sich des Öfteren den Anfeindungen preußisch gesinnter Einwohner erwehren musste. Für Aufsehen sorgte am 10. September 1924 der Kurzbesuch der Herzogin Viktoria Luise und des Herzogs Ernst August von Braunschweig und Lüneburg im Hause Wielert, was mehrere Hundert Anhänger des welfischen Königshauses und viele Schaulustige anzog.¹⁶⁶ Über seine Stellung als Vorsitzender des Kreishandwerkerbundes versuchte er immer wieder den Verband auf den Kurs der DHP zu bringen.¹⁶⁷

Der Parteibezirk der Deutsch-Hannoverschen Partei Nordhannovers war im Jahr 1928 in 19 Kreisverbände¹⁶⁸ gegliedert, denen jeweils ein Kreisobmann vorstand. Es waren dies die Kreisverbände Achim (Kreisobmann: Uhrmachermeister J. Reckeweg, Achim), Blumenthal (Uhrmachermeister A. Kühne, Blumenthal), Bremervörde (Spinnerei- und Färbereibesitzer Karl Wielert, Bremervörde), Geestemünde (Hypothekenvermittler Georg Schriever, Wesermünde-Geestemünde), Hadeln (Landwirt H. Küver, Oster-Ihlienworth), Jork (Landwirt R. Feindt, Mittelnkirchen),¹⁶⁹ Buxtehude (Fabrikant F. Kramer, Buxtehude), Kehdingen (Hofbesitzer Th. Köser, Bützfleth), Lehe-Stadt (Mandatar D. Hoops, Lehe), Lehe-Land (Landwirt Ferdinand Eckhoff, Bederkesa), Osterholz (Gemeindevorsteher J. Gloistein, Sandbeckerbruch), Rotenburg (Viehhändler Dietrich Hollmann, Sottrum),¹⁷⁰ Neuhaus/Oste (Gastwirt C. Flagge, Cadenberge), Stade I (Rittmeister a.D. von der Decken,

¹⁶⁵ Magistrat der Stadt Bremervörde an den Regierungspräsidenten in Stade vom 3. Februar 1910, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333.

¹⁶⁶ Landrat in Bremervörde, Grubitz, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 12. September 1924, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 333; Georg DAUBER, *Die Erinnerungen eines Bremervörder Bürgers*, Bremervörde 1986, S. 39-40.

¹⁶⁷ Bremervörder Zeitung Nr. 259 vom 3. November 1924 und Nr. 277 vom 26. November 1929.

¹⁶⁸ Die Gebiete der Kreisverbände waren nicht immer deckungsgleich mit den kommunalen Kreisgrenzen.

¹⁶⁹ Vom 20. Mai 1931 bis zur Auflösung der Partei am 30. Juni 1933 leitete der spätere Ministerpräsident von Niedersachsen (1955 bis 1959), Heinrich Hellwege (1908-1991) aus Mittelnkirchen, den Kreisverein Jork. Zur Biografie von Hellwege vgl. u.a. Matthias FREDERICH, *Niedersachsen unter dem Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege (1955-1959)*, Dissertation, Hannover 2010; Claudius SCHMIDT, Heinrich Hellwege – der vergessene Gründungsvater. Ein politisches Lebensbild, Stade 1991.

¹⁷⁰ Während der NS-Zeit wurde Hollmann wegen *aktiven Widerstands gegen die NSDAP* und Verstoßes gegen das sogenannte Heimtückegesetz zu zwei Gefängnisstrafen von insgesamt eineinhalb Jahren verurteilt. Zudem wurde ihm der Gewerbeschein entzogen und die Bauernfähigkeit aberkannt. NLA ST, Rep. 275 I, Nr. 11927.



Abb. 9: Am 10. September 1924 stiegen in Bremervörde unter Hochrufen Herzog Ernst August und Herzogin Viktoria Luise (mit Hut und Automobilbrille) zur Weiterfahrt in ihr Auto (Bremervörder Zeitung/Rainer Klöfkorn).

Schwinge), Stade II (Kaufmann Th. Sievers, Apensen), Verden (Rechtsanwalt Eberhard Hagemann,¹⁷¹ Verden) sowie der Kreisverband Zeven (Kaufmann Diedrich Meyer, Sittensen). Darüber hinaus waren noch der Kreisverband Bremen (Lehrer H. Bockhorn) und der Kreisverband Hamburg (C. Winderstein) angegliedert.¹⁷² Dass die Kreisverbände oftmals nur auf dem Papier und ohne nennenswerte Basis bestanden, wird anhand einiger Beispiele deutlich. In den Kreisen Osterholz, Rotenburg und Blumenthal mussten beispielsweise zu Beginn des Jahres 1929 die Kreisverbände mangels adäquaten Personals und völlig fehlenden Engagements aus den Reihen der Mitglieder und Unterstützer unter großen Schwierigkeiten und Anstrengungen völlig neu aufgezogen werden. Zunächst sollten kleine Versammlungsoffensiven zur

¹⁷¹ Der promovierte Jurist Hagemann gehörte dem Hannoverschen Provinziallandtag von 1921 bis 1932 an und nahm dort führende Stellungen ein. Im Jahr 1931 wurde er zum Landeshauptmann der Provinz Hannover gewählt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er von der britischen Militärregierung vorübergehend zum Oberpräsidenten ernannt, trat von dieser Stellung allerdings nach wenigen Monaten wieder zurück. HERLEMANN, Biographisches Lexikon, wie Anm. 135, S. 136.

¹⁷² Aufstellung über die Kreisverbandsvorsitzenden im Regierungsbezirk Stade, Juni 1928, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 16.

Mitglieder- und Vertrauenspersonenrekrutierung durchgeführt werden, doch deren Organisation ließ den DHP-Generalsekretär Bingmann resignieren.¹⁷³ Unter diesen Voraussetzungen reihte sich auch die Provinziallandtagswahl¹⁷⁴ vom 17. November 1929 nahtlos in die Reigen der Niederlagen ein. Der auf der 7. Nordhannoverschen Landesversammlung der DHP vom 14. bis 16. September 1929 in Bederkesa beschlossene Versuch, alle bürgerlichen Parteien wie bei den vorangegangenen Wahlen auf einer Liste zu einen, konnte nicht verwirklicht werden.¹⁷⁵ Von den 111 Parlamentssitzen im Provinziallandtag konnte die DHP lediglich 12 Sitze erringen, wobei aus dem Regierungsbezirk Stade die Kandidaten Gutsbesitzer Franz von der Decken, Laumühlen, Rechtsanwalt Eberhard Hagemann, Verden, und Hofbesitzer Klaus Tamke, Ohrensen, gewählt wurden. Stärker als die DHP war mit deutlichem Abstand nur die SPD (39 Sitze) im neugewählten Parlament vertreten.¹⁷⁶ Dem Stimmenanteil nach verlor die Partei im Regierungsbezirk Stade im Vergleich zur Reichstagswahl 1928 rund ein Viertel ihrer Wählerschaft und rutschte auf 15,85 % ab.¹⁷⁷ In den »Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei« wurde das eigene Abschneiden mit teils deutlicher Kritik kommentiert:

Die Deutsch-hannoversche Partei hat sich von den alten Parteien am besten geschlagen. [...] Ohne Frage sind auch die Stimmen des Mittelstandsblocks¹⁷⁸ zu einem erheblichen Teil aus unserem Bestande genommen, während die nationalsozialistischen Erfolge weniger auf unser Konto kommen. Trotzdem wollen auch wir die richtige Lehre aus dieser Wahl ziehen. Diese

¹⁷³ NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 16.

¹⁷⁴ Die Wahlvorschläge für die einzelnen Wahlbezirke der Provinz Hannover wurden in der Oktoberausgabe 1929 der »Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei« veröffentlicht.

¹⁷⁵ Nordhannoversche Landeszeitung Nr. 111 vom 19. September 1929

¹⁷⁶ Weitere Sitze gingen an: Mittelstandsblock (10), Zentrum (10), DVP (10), NSDAP (8), DNVP (8), KPD (4), CNBL (4), DDP (4), Nationale Front (2). Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 11 vom November 1929.

¹⁷⁷ Zevener Zeitung Nr. 271 vom 18. November 1929.

¹⁷⁸ Der »Mittelstandsblock (Handwerk, Haus- und Grundbesitz und Gewerbe)« war eine parteiübergreifende Wahlvereinigung, die von verschiedenen wirtschaftlichen Interessenverbänden getragen wurde, allen voran von dem einflussreichen Nordwestdeutschen Handwerkerbund. Über dessen Liste zog beispielsweise der Senator im Magistrat der Stadt Stade, der Töpfermeister Johannes Sichert, wieder in den Provinziallandtag ein, obwohl er parteipolitisch Mitglied der DHP war. Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 11 vom November 1929; HERLEMANN, Biographisches Lexikon, wie Anm. 135, S. 338.

Lehre heißt: Trotz Nationalsozialismus, trotz Mittelstandsblock und trotz anderer neu auftretender Gruppen ist die deutschhannoversche Bewegung ihrem Inhalte nach so stark, daß sie den augenblicklichen zahlenmäßigen Tiefstand vom Jahre 1928 überwunden hat und sogar bei dieser Wahl größere Erfolge hätte erringen können. Wenn sie im Gesamtergebnis nur fast ihren Besitzstand bei der letzten Reichstagswahl behauptet hat, so liegt das nur an der Organisation. Man kann deutlich zwei Gruppen von Kreisen unterscheiden, die Kreise, deren Organisation auf der Höhe war und die gut gearbeitet haben, haben teilweise recht erheblich gewonnen. Dagegen haben die Kreise, in denen noch nicht die richtigen Leute an der Spitze stehen, und deren Organisation nach wie vor versagt, naturgemäß weiter verloren. [...] Die organisatorischen Mängel im Regierungsbezirk Stade, die seit Jahren offenkundig sind, führten durchweg zu weiteren Verlusten. Nur der Kreis Bremervörde und die Stadt Wesermünde gewannen, der Kreis Zeven hielt sich recht gut.¹⁷⁹

Die Deutsch-Hannoversche Partei in der Endphase der Weimarer Republik

Mit dem Erstarken der NSDAP nahmen auch die gezielten Anfeindungen der Nationalsozialisten gegen die Deutsch-Hannoversche Partei zu. In der Börde Lamstedt kam es beispielsweise zum Ende des Jahres 1929 zu starken Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Deutsch-Hannoveranern. Hier versuchten vor allem der von den Nationalsozialisten verachtete und von ihnen als *Ober-Nazi-Fresser* bezeichnete Kreistagsabgeordnete, der Tischlermeister August Mingst¹⁸⁰ aus Armstorf, sowie der Lamstedter Pastor Alpers¹⁸¹ und Heinrich Meyer-Bülkau, sich der NSDAP zu widersetzen und die Partei zurückzudrängen.¹⁸²

¹⁷⁹ Mitteilungen für die Vertrauensleute und eingeschriebenen Mitglieder der Deutsch-hannoverschen Partei Nr. 11 vom November 1929.

¹⁸⁰ August Mingst (Jg. 1886) gehörte der DHP seit dem Jahr 1923 an. Er engagierte sich als Versammlungsredner und war zeitweise als Kreisobmann der Partei aktiv. Im Jahr 1938 beantragte er die Aufnahme in die NSDAP und wurde in die Partei aufgenommen. NLA ST, Rep. 275 I, Nr. 7361.

¹⁸¹ Dieser war ein Neffe von Ludwig Alpers. Landrat Bremervörde, Schenck zu Schweinsberg, an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Wesermünde-Bremerhaven, vom 21. September 1937, in: KreisA ROW, Kreis BRV 1, Nr. 138-1.

¹⁸² Willi Handke, Wesermünde, an den Kreisleiter Bremervörde der NSDAP, Wilhelm Lührs in Ebersdorf, vom 29. August 1933, in: BArch Berlin, R 9361-II/359573.

Das Versäumnis der DHP, flächendeckend Ortsgruppen als feste Basen aufzuziehen, statt mit Vertrauensmännern beziehungsweise über die ihr nahestehenden verschiedenen Organisationen vor Ort zu agieren, sollte sich auch in den Mitgliederzahlen widerspiegeln.¹⁸³ Zur Jahreswende 1929/30 waren 6.562 eingeschriebene Mitglieder in der DHP organisiert, davon gerade einmal 485 im Regierungsbezirk Stade. In den Kreisen Stade, Kehdingen und Jork hatte die DHP insgesamt 55 Mitglieder, in den Kreisen Geestemünde und Lehe 179, in den Kreisen Bremervörde und Zeven zählte die DHP zusammen 112 Mitglieder, in den Kreisen Verden und Achim 69, in den Kreisen Osterholz und Blumenthal 3, im Kreis Neuhaus/Oste 53, im Kreis Hadeln 13, und im Kreis Rotenburg war es sogar nur noch ein eingeschriebenes Mitglied.¹⁸⁴ Bis in den Mai 1930 konnte die Mitgliederzahl auf über 500 im Bereich des Regierungsbezirks Stade leicht ausgebaut werden.¹⁸⁵ Dies spiegelte sich auch im Wahlergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wider, denn die DHP konnte ihr Resultat von der Provinziallandtagswahl im Jahr 1929 im Regierungsbezirk Stade immerhin fast halten und erzielte 15,01 %. Aus dem »Wahlkreis 15 Ost-Hannover« blieb allerdings nur noch Meyer-Bülkau Mitglied des Reichstags.¹⁸⁶

Dabei waren für die Deutsch-Hannoversche Partei die innerparteilichen Voraussetzungen für das zwischenzeitliche Aufhalten des Abwärtstrends nicht gegeben, denn auf einer Bezirkstagung der DHP in Bremervörde wenige Wochen vor der Reichstagswahl wurde deutlich, wie tief gespalten die DHP im Regierungsbezirk Stade und insbesondere innerhalb des Bezirksvorstands war. Es zeigte sich, dass der Bezirksvorsitzende Alpers und seine erneute Kandidatur zum Reichstag nur noch von den Kreisen Zeven und Bremervörde getragen wurden. Seinen Vorsitz konnte er zwar verteidigen, doch für eine erneute Reichstagskandidatur reichte der Rückhalt in der Partei nicht mehr aus, was für Außenstehende überraschend kam. Darüber hinaus musste Alpers noch eine weitere Niederlage hinnehmen, denn sein Ansinnen, Klaus Tamke zum Rücktritt von der Landesführerschaft der Deutschen Legion zu zwingen, scheiterte ebenfalls, so dass offensichtlich die rechtsgerichteten Kräfte gestärkt aus der Be-

¹⁸³ Polizeipräsidium Hannover, LKP-Stelle, Kriminalkommissar Leim, Monatsbericht der Politischen Abteilung Nr. 1/28 für den Dezember 1927, verfasst im Januar 1928, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 283.

¹⁸⁴ PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 8, S. 474.

¹⁸⁵ Generalsekretär der DHP in Hannover an das Hauptbüro der DHP in Stade vom 13. Mai 1930, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 5.

¹⁸⁶ Insgesamt war die DHP noch mit drei Abgeordneten im Reichstag vertreten. Bureau des Reichstags (Hrsg.), Reichstags-Handbuch, V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930, S. 228 und S. 617.

zirkstagung hervorgegangen waren.¹⁸⁷ Das unterstrich ein Tagungsbericht des Vorstandsmitglieds Burchard-Friedrich von der Decken, der ganz unverhohlen hoffte, dass Alpers und dessen Vertraute nach der Reichstagswahl vom Direktorium der DHP *zum Teufel gejagt* werden würden und dass Meyer-Bülkau, der in diesem Konflikt versuchte, eine möglichst neutrale Haltung zu wahren und der von beiden Seiten geschätzt wurde, als Vorsitzender der Deutsch-Hannoverschen Partei Nordhannovers nachrücken würde.¹⁸⁸ Trotz der Querelen konnte die Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder bis Ende des Jahres 1930 auf beachtliche 880 erhöht werden, womit zumindest der 1927/28 eingeschlagene Weg der festen Mitgliederbindung eine positive Entwicklung nahm.¹⁸⁹

Trotzdem gelang es der Partei in den Jahren des intensiven Dauerwahlkampfes nicht, analog die Anzahl adäquater Versammlungsredner zu steigern. Der Partei gingen sogar noch wichtige Versammlungsredner verloren, die insbesondere aus zeitlichen und wirtschaftlichen Gründen ihr ehrenamtliches Engagement einschränken mussten, was die Lage weiter verschärfte. Unter anderem mussten der mittlerweile zu den wichtigsten Akteuren der Partei im Elbe-Weser-Raum aufgestiegene Klaus Tamke ebenso wie Peter Tobaben¹⁹⁰ aus Ahlerstedt im Februar 1932 auswärtige Rednertätigkeiten absagen, da ihre Betriebe von der wirtschaftlichen Krise betroffen waren und sie daher ihre ehrenamtlichen Parteitätigkeiten stark einschränken mussten. Zudem machte sich immer mehr Verzweiflung breit, denn beiden gelang es nicht einmal mehr, in ihrer direkten Umgebung einstige Anhänger der DHP zu halten. Tamke berichtete: *Den NSDAP-Leuten läuft bald jeder aus Verzweiflung nach, leider viele unserer guten Leute.*¹⁹¹

Welch einen massiven propagandistischen Einsatz hingegen die NSDAP auch in der Zeit ohne direkte Parlamentswahlen betrieb und dass andere Parteien und Verbände hier nicht annähernd mithalten konnten, verdeut-

¹⁸⁷ Burchard Friedrich von der Decken, Ritterhof, an den Generalsekretär der DHP in Hannover, Bingmann, vom 11. August 1930, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 25; Bremervörder Zeitung Nr. 183 vom 7.8.1930.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Die Mitgliederzahlen für die einzelnen Kreise im Regierungsbezirk Stade betragen nach dem Stand vom 31. Dezember 1930: Achim (157), Bremervörde (129), Geestemünde (101), Hadeln (22), Jork (2), Kehdingen (104), Lehe (58), Neuhaus/Oste (49), Osterholz (1), Rotenburg (15), Stade (77), Verden (25) und Zeven (140). Generalsekretär der DHP in Hannover, Bingmann, an den Baron von der Decken, Ritterhof bei Krummendeich, vom 18. März 1931, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 25.

¹⁹⁰ Tobaben war auch als Gauführer für die Deutsche Legion tätig und für den Gau Stade (Kreis Stade) verantwortlich. Bremervörder Zeitung Nr. 197 vom 23. August 1929 und Nr. 230 vom 1. Oktober 1929.

¹⁹¹ Klaus Tamke, Ohrensen, an den Generalsekretär der DHP in Hannover, Bingmann, vom 2. Februar 1932, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 25.

licht beispielsweise eine Aufstellung des Rotenburger Landrats Armin von Lossow (1876-1945).¹⁹² Für den Zeitraum zwischen dem 1. April 1931 und dem 20. Februar 1932 registrierte er für das Kreisgebiet 232 abgehaltene politische Veranstaltungen. Davon entfielen allein 142 Veranstaltungen auf die NSDAP; abgeschlagen folgten der Stahlhelm (35), die SPD (13), der Tannenbergbund (9), die DHP (8),¹⁹³ die KPD (7) und die DNVP (6).¹⁹⁴ Überhaupt hatten zu diesem Zeitpunkt die Nationalsozialisten den Deutsch-Hannoveranern längst ihr einstiges Alleinstellungsmerkmal als Verfechter des in der Bevölkerung tiefverwurzelten niedersächsischen Regionalpatriotismus entrissen. Dieser bot auch für die Nationalsozialisten ein großes Potential, das sie geschickt zu nutzen wussten. Bereits im Frühjahr 1925 erkannte beispielsweise der Bremervörder Landbundgeschäftsführer Wilhelm Sievers, dass die NSDAP ein Hauptaugenmerk auf die Gewinnung der Anhängerschaft der Deutsch-Hannoverschen Partei legen sollte, in deren Reihen *viele völkisch Gesonnene* ständen, so Sievers in einem persönlichen Brief an Hitler.¹⁹⁵ Weiter schrieb er dazu: *Ihre Rede im Bürgerbräukeller¹⁹⁶ unterschreibt jeder Welse hier.*¹⁹⁷ Zudem hob der einstige Pastor Ludwig Münchmeyer im Frühjahr 1929 in einer Aufsehen erregenden Großveranstaltung der NSDAP in der wankenden deutsch-hannoverschen Hochburg Bremervörde hervor: *Das Unrecht von 1866 erkennt die NSDAP rückhaltlos an und ist auch für ein Großniedersachsen.*¹⁹⁸ Auch der Gauleiter des Gau Ost-Hannover der NSDAP, Otto Telschow (1876-1945), soll in der Frühzeit der Partei gegenüber dem Hamburger Gauleiter Albert Krebs geäußert haben, dass er *im Grunde seines Herzens ein Welse* sei.¹⁹⁹ Telschow sah sich sogar

¹⁹² Zur Biografie des in Bremen geborenen von Lossow, der parteipolitisch der DNVP zugerechnet wurde, vgl. Helge DVORAK, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Bd. I: Politiker. Teilband 3: I-L, Heidelberg 1999, S. 314 f.

¹⁹³ Die welfische Bewegung war im Jahr 1932 im Kreis Rotenburg organisatorisch fast nicht mehr existent. Deutsch-Hannoversche Vereine hatten sich vielfach aufgelöst und einst der DHP wohlgesonnene Krieger- und Reitervereine hatten sich von der Partei abgekehrt, so die Beobachtung des Landrats von Lossow. Landrat in Rotenburg, von Lossow, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 19. März 1932, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 332.

¹⁹⁴ Landrat in Rotenburg, von Lossow, an den Regierungspräsidenten in Stade vom 24. Februar 1932, in: NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 1423.

¹⁹⁵ Wilhelm Sievers, Bremervörde, an Adolf Hitler, München, vom 28. April 1925, in: Russisches Staatliches Militärarchiv in Moskau, Fond 1355, Opis 1, Nr. 2.

¹⁹⁶ Sievers bezieht sich hier auf Hitlers Rede zur Neugründung der NSDAP vom 27. Februar 1925 im Bürgerbräukeller in München.

¹⁹⁷ Wilhelm Sievers, Bremervörde, an Adolf Hitler, München, vom 28.4.1925, in: Russisches Staatliches Militärarchiv in Moskau, Fond 1355, Opis 1, Nr. 2.

¹⁹⁸ Bremervörder Zeitung Nr. 66 vom 19. März 1929.

¹⁹⁹ Albert KREBS, Tendenzen und Gestalten in der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 242.

als einen Verfechter des *alten Herzogtums Niedersachsen*, das er wiederaufleben lassen und vom ›Über-Staat‹ Preußen loseisen wollte.²⁰⁰ Diese Haltung war für einen Gauleiter der NSDAP äußerst ungewöhnlich, zumal er damit im Widerspruch zu den Ansichten der Reichsleitung der NSDAP stand, die eine zentralistische Staatsform anstrebte. Aber Telschow und dessen Mitstreiter konnten damit in den Einfluss- und Geltungsbereich der DHP vorstoßen. Die NSDAP stellte sich somit erfolgreich als eine jung-dynamische, protestantisch-antisemitische, nationalistisch-niedersächsische Bauern- und Mittelstandspartei dar, und es gelang den Nationalsozialisten, glaubhaft zu suggerieren, dass Hitler alternativlos der einzige *Retter Deutschlands*²⁰¹ sei.

Ihren Tiefpunkt bei den Reichstagswahlen erreichte die Deutsch-Hannoversche Partei am 31. Juli 1932 mit nur noch 4,55 % der Stimmen im Regierungsbezirk Stade, womit sie auch in einstigen Hochburgen nur noch das Dasein einer Splitterpartei fristete, denn im Kreis Rotenburg lag ihr Stimmenanteil nur noch bei 8,25 % und im Kreis Bremervörde bei 9,47 %. Im Kreis Zeven konnte sie immerhin noch 22,45 % erzielen. Auf einer Bezirks- und Kreistagung am 9. Oktober 1932 in Bremervörde bekannte die Deutsch-Hannoversche Partei ein letztes Mal euphorisch ihre Hoffnung, *enttäuschte Naziwähler* zurückgewinnen zu können, und war dementsprechend darauf bedacht, den Wahlkampf zu intensivieren.²⁰² Für den Wahlkampf standen der DHP aus dem Gebiet des Parteibezirks Stade 17 Versammlungsredner zur Verfügung.²⁰³ Doch das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 sorgte trotz sehr leichter Zugewinne für die DHP im Regierungsbezirk Stade auf 6,02 % für Ernüchterung, denn die DHP konnte von den stärkeren Verlusten der NSDAP nicht profitieren.²⁰⁴

Die Börde Sittensen stach als verbliebene Hochburg noch hervor, die selbst der langjährige Pächter der Domäne Burgsittensen und frühere deutschvölkig-

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Blumenthaler Zeitung Nr. 59 vom 10. März 1932; Bremervörder Zeitung Nr. 60 vom 11. März 1932.

²⁰² Hofbesitzer Klaus Heins, Grafel, an den Generalsekretär der DHP in Hannover vom 10. Oktober 1932, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 17.

²⁰³ Ludwig Alpers zählte nicht dazu, aber u.a. Heinrich Hellwege. Heinrich Meyer, Bülkau, an den Generalsekretär der DHP in Hannover, Dr. Bingmann, vom 12. Oktober 1932, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 47.

²⁰⁴ Der Generalsekretär der DHP, Bingmann, an Heinrich Meyer-Bülkau, Hannover vom 8. Oktober 1932, in: NLA HA, Hann. 310 III, Nr. 47. Diese Taktik erfuhr immerhin den Erfolg, dass Heinrich Meyer-Bülkau nach dem Verlust seines Reichstagsmandats im Juli 1932 jetzt der Wiedereinzug in das Parlament gelang. Büro des Reichstags (Hrsg.), Reichstags-Handbuch VII. Wahlperiode 1932, Berlin 1933, S. 206 und S. 345.



Abb. 10: Im Kampf gegen die Nationalsozialisten versuchte die DHP immer wieder die sozialistische und antichristliche Ausrichtung der NSDAP herauszustellen (Neuhaus-Ostener Zeitung Nr. 215 vom 13. September 1930).

sche Reichstagsabgeordnete, Georg Weidenhöfer,²⁰⁵ der sich 1929 der NSDAP angeschlossen hatte, im Jahr 1930 zum stellvertretenden Gauleiter der NSDAP

²⁰⁵ Zur Biografie vgl. Henning K. MÜLLER, Georg Weidenhöfer, in: Jan LOKERS / Heike SCHLICHTING (Hrsg.), Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon, Bd. 2, Stade 2010, S. 333-337. Im Vorfeld zur Reichstagswahl im Jahr 1920 soll Weidenhöfer zunächst versucht haben, sich der Deutsch-Hannoverschen Partei als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stellen, doch soll ihm von Seiten der DHP die Unterstützung versagt worden sein. Hamburger Volkszeitung Nr. 211 vom 20. November 1924. Im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens gab Weidenhöfer ebenfalls zu Protokoll, dass er sich direkt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunächst aktiv für die DHP betätigt hätte. Entnazifizierungs-Entscheidung im mündlichen Verfahren des Georg Weidenhöfers vom 17. März 1949 durch den Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Kreises Verden, in: NLA ST, Rep. 275 II, Nr. 50101.

erhoben und im Juli 1932 wieder in den Reichstag gewählt worden war, nicht brechen konnte. Die mangelnde lokale Sogwirkung Weidenhöfers in der Börde Sittensen hielt auch 1932 weitgehend an, wo die Wähler größtenteils weiterhin der DHP die Treue hielten. Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 kam dort die NSDAP auf 30,67 % der Stimmen, die DHP auf 45,98 %. Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 konnte die DHP ihren Vorsprung sogar wieder weiter ausbauen. Sie konnte nicht nur die früheren Wähler des Christlich-Sozialen Volksdienstes zu sich herüberziehen, sondern profitierte auch von den deutlichen Verlusten der Nationalsozialisten. Für die NSDAP votierten in der Börde Sittensen nur noch 22,30 % der Wähler, die DHP dominierte die Wahl mit 55,30 % der Stimmen.²⁰⁶ Der Volksschullehrer in Kalbe schrieb:

Für das Vaterland war das Jahr 1932 ein Wahljahr: Fünfmal mußte das deutsche Volk zur Wahlurne schreiten. Hier wurde, wie überhaupt in der Börde Sittensen, zur Hauptsache die Heimatpartei [Deutsch-Hannoversche Partei] gewählt. Im ganzen Reich steht gerade die Börde Sittensen in der Treue zum alten Hannoverlande an erster Stelle. Erschreckend war nur in unserem Orte das Anwachsen der Kommunisten.²⁰⁷

Bei den Kommunal- und Landtagswahlen sowie der Wahl zum Reichstag am 5. März 1933 trat die DHP nochmals mit eigenen Wahlvorschlägen an. Im »Wahlkreis 15 Ost-Hannover« kam die DHP auf 4,15 % der Stimmen, die NSDAP auf 54,29 %.²⁰⁸ Die letzten verbliebenen Abgeordneten in den Parlamenten suchten nun vielfach Anschluss bei den nationalsozialistischen Fraktionen; auch die beiden verbliebenen Abgeordneten der DHP im Preußischen Landtag beantragten die Aufnahme in die Fraktion der NSDAP.²⁰⁹ Dem bevorstehenden Parteiverbot entging die Deutsch-Hannoversche Partei durch ihre Selbstauflösung am 30. Juni 1933. Dazu ließ das Parteidirektorium am 3. Juli 1933 eine Bekanntmachung im »Nordhannoverschen Landesboten« veröffentlichen, in der es u. a. hieß:

Liebe Landsleute und Mitkämpfer! Schweren Herzens haben das Direktorium und die hinzugezogenen unterzeichneten Bevollmächtigten folgende Entschließung gefaßt: Seit der Erklärung des Direktoriums vom 3. Mai hat sich die Überzeugung und Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens aller vaterländischen und nationalen Kreise verstärkt. Das Vaterland verlangt

²⁰⁶ Zevener Zeitung Nr. 262 vom 7. November 1932.

²⁰⁷ Schulchronik der Volksschule Kalbe, S. 54, zitiert nach Hans Heinrich SEEDORF u. a., Zeitzeugengeschichte der Börde Sittensen 1918-1956, Sittensen 2006, S. 61.

²⁰⁸ NLA ST, Rep. 180 P, Nr. 1488.

²⁰⁹ ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 8, S. 86.

restlosen Einsatz aller aufbauenden Kräfte unter einer starken Führung. Die Deutsch-hannoversche Partei löst sich daher auf getreu ihrem stets bewiesenen Eintreten für Heimat und Vaterland und bittet ihre Anhänger, das alte Gedankengut der Treue auch dem neuen Reiche dienstbar zu machen! [...] Wir danken in diesem Augenblick tiefbewegt allen unseren Getreuen für ihre opferwillige Hingabe, mit der sie in schweren Tagen selbstlos ausgeharrt haben. Wir legen das Parteibanner aus der Hand. Um so mehr geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß alle Heimattreuen überall, wohin die Zukunft sie stellt, der Heimatfahne weiterdienen. Möge unser treues Festhalten an unserer Idee seine baldige Erfüllung in der Erringung unserer Stammmesselständigkeit finden. Möge durch die kommende Reform des Reiches auch das stolze Stammland Niedersachsen zum Segen der Heimat und zu Ehren eines alle deutschen Stämme umfassenden Großdeutschlands seine stolze Auferstehung finden. Es lebe Deutschland! Es lebe Niedersachsen!²¹⁰

Während der Zeit des Nationalsozialismus sammelten sich welfische Oppositionelle um Heinrich Hellwege und Ludwig Alpers in der illegalen Niedersächsischen Freiheitsbewegung, um weiterhin im Austausch zu stehen und um konspirative Treffen²¹¹ abzuhalten. Bis Ende des Jahres 1944 war es dadurch möglich, im Gebiet des Regierungsbezirks Stade²¹² ein Netzwerk von rund 100 Vertrauensleuten aufzubauen, die Vorkehrungen für die Zeit nach dem Sturz des NS-Regimes in einer neuen parlamentarisch-demokratischen Republik trafen und im November 1945 in der Tradition der Deutsch-Hannoverschen Partei die »Niedersächsische Landespartei« gründen konnten.²¹³

²¹⁰ Nordhannoverscher Landesbote Nr. 125 vom 3. Juli 1933. Zu den Unterzeichnern des Direktoriums zählten u. a. Klaus Tamke-Ohrensen und Heinrich Meyer-Bülkau.

²¹¹ Solche geheimen Zusammenkünfte fanden u. a. auch beim Buchdruckereibesitzer Ernst Bunkenburg (Jg. 1905) in Zeven statt, dem letzten Drucker und Redakteur des »Nordhannoverschen Landesboten«, dessen Erscheinen am 31. Juli 1936 eingestellt wurde. Ludwig Alpers verkaufte die Verlagsrechte mit seinen verbliebenen 550 Abonnenten an die »Zevener Zeitung«. NLA ST, Rep. 275 I, Nr. 2360; STEIN, Tagespresse, wie Anm. 56, S. 361.

²¹² Auch in Grafel blieben die Dorfbewohner vielfach ihrer deutsch-hannoverschen Gesinnung treu, wie es auch die politisch verfolgte Journalistin und Friedensaktivistin Ingeborg Küster (1909-2004), die mit ihren Kindern in den letzten Kriegswochen auf dem Hof von Klaus Heins Unterschlupf fand und dort das herbeigesehnte Ende des NS-Regimes erlebte, in ihren Lebenserinnerungen eindrucksvoll schildert. Vgl. Ingeborg KÜSTER, Es ist genug! Überlebens-Erinnerungen einer Pazifistin, Hamburg 1986, S. 78-91.

²¹³ Hartmut LOHMANN/Heike SCHLICHTING, Die Zeit des Nationalsozialismus, in: Norbert FISCHER/Michael EHRHARDT (Hrsg.), Geschichte des Landes zwischen Elbe und Weser, Bd. IV: Von preußischer Zeit bis ins frühe 21. Jahrhundert, Stade 2023, S. 487-612, hier: S. 530-531; Michael EHRHARDT, Vom Zweiten Weltkrieg bis ins frühe 21. Jahrhundert, in: ebd., S. 615-722, hier: S. 643.